



# FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

2. Jahrgang  
Nr. 54, September 2016

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

=====

## Putin: Behauptung, dass Moskau Staaten mit Atomwaffen erobern will, ist «totaler Wahnsinn»

*Sputnik; Mo, 05 Sep 2016 12:16 UTC*

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Berichte über die Absicht Russlands, die baltischen Länder mit Einsatz von Atomwaffen zu erobern, als Wahnsinn bezeichnet.



© Sputnik/Alexei Druzhinin

«Aus meiner Sicht verstehen alle vernünftigen Personen, die sich ernsthaft mit Politik auseinandersetzen, dass Berichte über die Bedrohung seitens Russlands in Bezug auf, sagen wir mal, die baltischen Staaten, ein totaler Irrsinn sind», sagte Putin im Interview mit der Agentur Bloomberg.

«Wollen wir etwa gegen die Nato kämpfen? Wie viele Menschen leben in den Nato-Ländern? Etwa 600 Millionen, oder? Russland zählt dagegen 146 Millionen. Ja, wir sind die grösste Atommacht. Doch nehmen Sie tatsächlich an, dass wir die baltischen Länder mit nuklearen Waffen erobern wollen?», so der russische Staatschef weiter. Der Text des Interviews ist auf der Seite des Kremls veröffentlicht worden.

Putin zufolge betreibt Russland eine friedliche Aussenpolitik, die auf Zusammenarbeit ausgerichtet ist.

Quelle: <https://de.sott.net/article/25963-Putin-Behauptung-dass-Moskau-Staaten-mit-Atomwaffen-erobern-will-ist-„totaler-Wahnsinn“>

## Das florierende Milliarden-Business Entwicklungshilfe

Wie der Bundesrat in seiner Antwort auf eine Anfrage von Nationalrat Andreas Glarner schreibt, hat die Schweiz in den letzten 56 Jahren sage und schreibe 69,5 Milliarden Franken in sogenannte Entwicklungshilfe «investiert». Für die nächsten vier Jahre haben die eidgenös-



sischen Räte weitere 11,11 Milliarden Franken gesprochen. Was wohl nur ein Zufall ist: Gleichzeitig haben sich die Vermögenswerte von Afrikas Diktatoren-Clans massiv vermehrt.

*Der Freitags-Kommentar vom 16. September 2016, von Anian Liebrand, Redaktion <Schweizerzeit>*

Ein Antrag aus den Reihen der FDP, die umstrittenen Entwicklungshilfe-Gelder zu kürzen, wurde klar abgelehnt – nach dem Nationalrat hat in der September-Session auch der Ständerat beschlossen, dass die Ausgaben für <Entwicklungszusammenarbeit> in Zukunft pro Jahr 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) ausmachen sollen. Aussenminister Didier Burkhalter machte vor dem Parlament klar, es sei das strategische Ziel des Bundesrates, diesen Wert auf 0,7 Prozent zu erhöhen – wie es die UNO den westlichen Industriestaaten diktiert.

### Horrende Summen

Doch wohin fliessen all die Gelder? Immerhin entsprechen die erneut gesprochenen 11 Milliarden für die nächsten vier Jahre pro Jahr rund drei bis vier Prozent des Bundes-Gesamtbudgets. Wie hoch die in Entwicklungshilfe investierte Gesamtsumme seit 1960 ist, legte der Bundesrat am 7. September 2016 in seiner Antwort auf eine Interpellation von Nationalrat Andreas Glarner offen:

«Die kumulierten Gesamtausgaben von 1960 bis heute belaufen sich real, zu Preisen des Jahres 2015, auf 69,5 Milliarden Franken (gerundet). Gemessen an der Summe der ordentlichen Ausgaben des Bundes im gleichen Zeitraum entspricht dies einem Anteil von gut drei Prozent. Zum Vergleich: Der kumulierte Gesamtaufwand des Bundes für die internationale Zusammenarbeit im Zeitraum 1990 bis 2015 entspricht ungefähr dem Aufwand für die Grundlagenforschung (43 bzw. 36 Milliarden), 52 Prozent der Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährung oder 38 Prozent der Ausgaben für die Armee.»

Der Bundesrat nimmt weiter Stellung zu jenen Ländern, in welche die Schweiz am meisten Finanzmittel gepumpt hat:

«Die Top-Ten-Länder, die in den letzten 56 Jahren am meisten Entwicklungshilfegelder des Bundes erhalten haben (gerundet, real, zu Preisen des Jahres 2015), sind: 1. Indien (1,8 Milliarden Franken), 2. Tansania (1,1 Milliarden Franken), 3. Nepal (1,1 Milliarden Franken), 4. Mosambik (1 Milliarde Franken), 5. Bangladesch (1 Milliarde Franken), 6. Bolivien (0,9 Milliarden Franken), 7. Kosovo (0,8 Milliarden Franken), 8. Pakistan (0,8 Milliarden Franken), 9. Ruanda (0,8 Milliarden Franken) und 10. Indonesien (0,7 Milliarden Franken).» (\*)

Heute konzentriert die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) – jene Stelle, die über die Entwicklungshilfe-Milliarden verfügt – ihr Engagement auf sogenannte <Schwerpunktländer> und <-Regionen>. Der Einsatz des DEZA gliedert sich in <Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit>, <Zusammenarbeit mit Osteuropa und der GUS>, <Beitrag an die erweiterte EU> und <Humanitäre Hilfe>.

### Schweizer Geld für Prunkbauten

Als eines dieser Schwerpunktländer weist das DEZA den westafrikanischen Armutsstaat Burkina Faso aus. Wie die <Weltwoche> im März 2016 enthüllte, überweist die Schweiz seit über zwanzig Jahren Millionenbeträge direkt in die Staatskassen der dortigen Gewaltherrscher. Seit 1994 erhält das Land von der Schweiz <ergänzende> Budgethilfen von jährlich rund acht Millionen Franken, insgesamt also gegen 160 Millionen.

Mit ihrer sicher gut gemeinten <Hilfe> gebärdete sich die Schweiz zum Beispiel – zumindest indirekt – als Financier eines monarchistischen Prunkbaus in der Landeshauptstadt, den der 2014 gestürzte Diktator Blaise Compaoré 2001 erbauen liess. Der effektive Erfolg der Schweizer Entwicklungshilfe in Burkina Faso hält sich dabei in engen Grenzen: Unter den 188 Ländern auf dem Uno-Index der menschlichen Entwicklung steht das Land heute auf Platz 183.

### <Eintrittspreise> für Hilfe

Was paradox klingt, ist in Tat und Wahrheit traurige Realität. Die Budgethilfen für Unrechtsstaaten gelten unter Entwicklungshelfern als Eintrittspreis, um überhaupt humanitär helfen zu dürfen. Laut <Weltwoche> kaufte sich die Schweiz «in den letzten zehn Jahren so mit insgesamt 396 Millionen Franken ein. Der grösste Teil davon floss in das vergleichsweise stabile Ghana (102 Millionen). Auf Burkina Faso (93 Millionen) folgen aber Staaten, in denen sozialistische Einheitsparteien jede Opposition ersticken: Mozambique (87 Millionen), Nicaragua (44 Millionen) und Tansania (28 Millionen).»

Wofür diese Zuschüsse konkret verwendet werden, entzieht sich der Kontrolle der Geldgeber. Hierzu sei nur ein Beispiel erwähnt: 2004, als aus der Schweiz insgesamt 32 Millionen Franken nach Tansania flossen, kaufte der damalige Präsident Benjamin William Mkapa für 50 Millionen einen neuen Präsidentenjet.

### Reiche Diktatoren

Dank westlicher Entwicklungshilfe leben brutalste, ihr Volk links liegen lassende Despoten noch immer in Saus und Braus. Das britische Statistikbüro «Africaranking» hat eine Liste der acht vermögendsten Staatsoberhäupter Afrikas erstellt, worunter sich auch der Diktator des Tschad (Idris Deby; geschätztes Vermögen: 50 Millionen Euro) und der Präsident von Kenia (Uhuru Kenyatta; geschätztes Vermögen: 500 Millionen Euro) befinden – beides Länder, die auch von der Schweiz unterstützt werden.

Wird die Schweiz die Entwicklungshilfe ungebremst weiter aufblähen – um auch in Zukunft auszublenden, dass diese im Grossen und Ganzen kontraproduktiv ist? Leider scheint naiver und gutmenschlicher Betroffenheitsglaube bei einer Mehrheit unseres Parlaments die Eigenverantwortung und den Realitätssinn noch immer zu überschatten. Der Wahnsinn geht weiter, obwohl viele Experten und speziell Ökonomen aus Entwicklungsländern appellieren: «Rettet uns nicht zu Tode!»

Der Ständerat hat in der September-Session einer Motion zugestimmt, die den Bundesrat beauftragt, in der internationalen Zusammenarbeit einen Schwerpunkt auf das Thema «Berge» zu setzen. Gerade in diesem Bereich verfüge die Schweiz über ein besonderes Wissen, lautete das Hauptargument. Damit verlöre die Entwicklungshilfe ihren Fokus wohl vollends. Dieses Parlament hat es dringend nötig, dass ihm genau auf die Finger geschaut wird.

(\*) Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163390>

16.09.2016, 21:46 von Anian Liebrand | 1902 Aufrufe

Quelle: [http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/das\\_florierende\\_milliardenbusiness-2826](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/das_florierende_milliardenbusiness-2826)

## Drogen, Homos und Migranten: Warum Krankheiten wie Syphilis, HIV, Tuberkulose in Deutschland auf dem Vormarsch sind

By Angelika on 14. September 2016

Syphilis – die gibt es doch schon lange nicht mehr. Oder? Die einstige Massenerkrankung schien in Deutschland weitgehend verschwunden. Seit einigen Jahren aber steigen die Fallzahlen rasant. Auch bei anderen sexuell übertragbaren Krankheiten steigen die Zahlen der Infizierten.

Die Zahlen der HIV-, Tuberkulose-, und Syphiliserkrankungen steigen laut dem Robert-Koch-Institut wieder stetig. Ab dem Jahr 2013 ist ein Anstieg der Tuberkulose Neuerkrankungen sichtbar. Bis dahin sanken die Zahlen. Im Jahr 2013 erkrankten 4328 Menschen an Tuberkulose, zwei Jahre später waren es schon 5965. Auch die Neuerkrankungen mit dem HI-Virus steigen weiter: Im Jahr 2014 haben sich allein in Deutschland 3200 Menschen neu infiziert. Das RKI schätzt, dass in Deutschland ungefähr 83 400 Menschen leben, die an HIV oder AIDS erkrankt sind. Während die Zahl der Neuerkrankungen in Deutschland vom Jahr 2013 zu 2014 nur unwesentlich stieg, gab es in ganz Europa einen deutlichen Anstieg. 5700 Fälle von Syphilis wurden im Jahr 2014 gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um 14 Prozent. Die Zahlen der Syphilis-Neuerkrankungen steigen seit dem Jahr 2010.

Syphilis, HIV und Tuberkulose sind sexuell übertragbare Krankheiten. Allerdings wird Tuberkulose beim Geschlechtsverkehr nur dann weitergegeben, wenn eine Erkrankung der äusseren Geschlechtsorgane vorliegt. Deutlich öfter werden Mitmenschen durch Tröpfcheninfektion mit Tuberkulose infiziert. Das HI-Virus kann neben der sexuellen Übertragung auch durch Blut weitergegeben werden: Falls das Blut eines Infizierten in das System eines noch nicht Infizierten gelangt, kann auch dieser erkranken. Das Risiko, aufgrund einer Bluttransfusion an HIV zu erkranken, ist in Deutschland mittlerweile relativ gering. Alle drei Krankheiten können auch durch verunreinigte Nadeln oder Spritzen übertragen werden.

### Gründe für vermehrte Erkrankungen

Die Gründe für den Anstieg der Erkrankungen sind vielfältig und setzen sich aus unterschiedlichen Faktoren zusammen. Bei Personen, die bereits HIV oder Syphilis haben, steigt das Risiko deutlich, sich mit einer der anderen Krankheiten zu infizieren. Laut einem Bericht der Deutschen Bundesregierung haben sie eine höhere Anfälligkeit dafür. Weiterhin stehen dem Bericht zufolge Dating-Portale und Dating-Apps in der Kritik, sexuell übertragbare Krankheiten zu begünstigen. Einen Partner für Geschlechtsverkehr zu finden werde immer einfacher, dank der Dating-Seiten. Auch wechseln die Partner öfter.

An Syphilis erkranken insbesondere homosexuelle Männer. Zwischen 2009 und 2014 haben sich die Syphilis-Infektionen mehr als verdoppelt. Dank der Dating-Apps steigt die Infektionsrate auch in Kleinstädten, denn

nun ist es einfacher, einen Partner für Geschlechtsverkehr zu finden. Da sich die Beteiligten eigentlich aus dem Ort «kennen», werden oft keine Kondome mehr benutzt.

Stimulierende Drogen, wie Crystal Meth, werden oft bei Partys in Grossstädten eingenommen. Laut Präsident der Deutschen Gesellschaft für sexuell übertragbare Krankheiten senken sie das Risikobewusstsein und Schutzverhalten der Konsumenten. Safer Sex wird dann kaum noch berücksichtigt. Drogen, die gespritzt werden, stellen einen weiteren Infektionsherd dar. Die Nadeln, mit denen der Wirkstoff injiziert wird, können verunreinigt sein und Krankheiten übertragen.

Teilweise werden die steigenden Neuinfektionen auch mit der Flüchtlingswelle in Verbindung gebracht. Dabei ist die HIV-Rate beispielsweise in Syrien ähnlich hoch wie in Deutschland. Das Risiko, an Tuberkulose zu erkranken, ist bei Flüchtlingen tatsächlich erhöht. Ihr Immunsystem ist geschwächt und in Massenunterkünften geht die Tröpfchen-Übertragung sehr schnell. Möglicherweise haben sich die Migranten auch schon in ihrem Heimatland infiziert. Die Krankheit kann erst später ausbrechen und lange Zeit unentdeckt bleiben.

### Wie kann ich mich schützen?

Gegen Syphilis und HIV gibt es keinen Impfstoff. Experten fordern eine detaillierte Aufklärung in jungem Alter, die das Bewusstsein für ein Ansteckungsrisiko stärkt. Ausserdem sollten Paare beim Geschlechtsverkehr immer ein Kondom benutzen. Safer Sex schützt nicht 100-prozentig vor einer Infektion, minimiert aber das Risiko. Eine Tuberkulose-Impfung gibt es bereits, das Robert-Koch-Institut rät jedoch von dieser Impfung ab. In der Vergangenheit kam es dadurch zu Komplikationen wie Augenschäden oder Gelenkentzündungen.

Die Krankheiten sind besonders für Menschen mit einem schwachen Immunsystem gefährlich. Dazu gehören zum Beispiel kleine Kinder, deren Immunsystem noch nicht ausgereift ist. Auch Menschen, die bereits an einer der Krankheiten leiden, sind anfälliger dafür, sich an einer weiteren zu infizieren. Ihr Immunsystem ist schon geschwächt. Eine derartige zusätzliche Erkrankung kann zum Tod führen.

Quelle: <http://www.denken-macht-frei.info/drogen-und-migranten-warum-krankheiten-wie-syphilis-hiv-tuberkulose-in-deutschland-auf-dem-vormarsch-sind/>

### Ex-Terrorist warnt Jugendliche: «IS ist die Hölle auf Erden!»

*Posted on August 5, 2016 7:23 pm by jolu, Epoch Times, 5. August 2016 Aktualisiert: 5. August 2016 18:45*

Ein ehemaliger IS-Terrorist aus Bremen hat sich in einem dramatischen Appell an Sympathisanten der Miliz in Deutschland gewandt: «Das ist eine kriminelle Organisation unter dem Deckmantel des Islam», sie mache Menschen zu Monstern.

Ein ehemaliger IS-Terrorist aus Bremen hat sich in einem dramatischen Appell an Sympathisanten der Miliz in Deutschland gewandt. «Egal in welcher Krise oder schweren Situation man steckt, es gibt keine Rechtfertigung, sich dem IS anzuschliessen», sagte Harry S. dem «Spiegel».

«Man wirft nicht nur sein eigenes Leben weg, sondern auch das derjenigen, die dich lieben.»

S. war im Juli wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Er gehört zu den wenigen IS-Rückkehrern, die mit den Behörden kooperiert und umfangreich ausgesagt haben.

Mehrfach soll er in Syrien von IS-Männern angesprochen worden sein, ob er in Deutschland Anschläge verüben wolle. Seine Zeit beim IS nennt Harry S. heute «den grössten Fehler meines Lebens».

In einem Interview mit dem «Spiegel» im Gefängnis Oldenburg sagte er: «Was man dort erlebt, ist die Hölle auf Erden.» Nach Verbüssung seiner Haftstrafe würde der 27-Jährige gern vor Schülern auftreten und die Jugendlichen vor dem «sogenannten Islamischen Staat» (anm. Islamistischen Staat) warnen.

«Das ist eine kriminelle Organisation unter dem Deckmantel des Islam», sagte S. Sie mache Menschen zu Monstern. (dts)

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/ex-terrorist-warnt-jugendliche-is-ist-die-hoelle-auf-erden/>



## Immer mehr IS-Kämpfer kehren nach Europa zurück: Sicherheitsbehörden warnen vor operativen Netzwerken

*Epoch Times; 11. September 2016 Aktualisiert: 12. September 2016 11:50*

Wegen zunehmender Verluste der Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS; Anm. Islamistischer Staat) in Syrien und dem Irak sei mit einer verstärkten Rückkehr von ausländischen Kämpfern aus der Region nach Europa zu rechnen, berichtet die «Welt am Sonntag» unter Berufung auf europäische Sicherheitskreise.

Deutsche Sicherheitsbehörden warnen vor einer steigenden Zahl an Dschihad-Rückkehrern: Wegen zunehmender Verluste der Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS; Anm. Islamistischer Staat) in Syrien und dem Irak sei mit einer verstärkten Rückkehr von ausländischen Kämpfern aus der Region nach Europa zu rechnen, berichtet die «Welt am Sonntag» unter Berufung auf europäische Sicherheitskreise.

Rund 6000 Dschihadisten aus Europa sollen sich zeitweise in der Kriegsregion aufgehalten haben – bis zu einem Drittel soll inzwischen wieder in die Heimatländer zurückgekehrt sein. «Dschihad-Rückkehrer stellen ein Sicherheitsrisiko dar. Vielfach sind sie extrem radikalisiert, militärisch geschult und durch Kriegs- und Kampferfahrungen verroht», sagte Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) der «Welt am Sonntag» und warnte vor der Vernetzung der heimgekehrten Islamisten.

«Dschihadisten lernen sich in Syrien oder im Irak in den Kriegsgebieten kennen und unterhalten enge Kontakte und Beziehungen. So bilden sich islamistische Netzwerke, die die Dschihadisten auch nach ihrer Rückkehr weiter aufrechterhalten», so Münch.

Die Netzwerkbildung gehe über Grenzen hinweg und hat laut Münch «Europa längst erreicht». Ein Beleg dafür seien die Reisebewegungen und Kontakte der Attentäter von Paris und Brüssel. «Wir wissen, dass sich mehr als 70 Rückkehrer aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben», sagte Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen der Zeitung. Von diesem Personenkreis gehe aufgrund der «Kampfpraxis» eine Gefahr für die Sicherheit aus.

«Ausserdem verfügen dschihadistische Rückkehrer in der Regel über eine Vielzahl an Kennverhältnissen», so Maaßen. «Hieraus resultiert die Gefahr einer grenzüberschreitenden Vernetzung in unterschiedlichste, unter anderem auch operative Netzwerke.»

Der BKA-Präsident forderte angesichts der anhaltenden Terrorgefahr einen verstärkten Datenaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden. «Nationale Dateninseln darf es nicht mehr geben», sagte Münch. «Nur durch einen schnellen und umfassenden Informationsaustausch, national wie international, können wir Strukturen erkennen und gemeinsam dagegen vorgehen.»

### Blanko-Reisepässe

Um eine unbemerkte Rückkehr von Dschihadisten zu verhindern wurden laut «Welt am Sonntag» auch die europäischen Fahndungssysteme weiter ergänzt. Demnach wurden aus Syrien und dem Irak vor kurzem weitere Nummern von Blanko-Reisepässen an Interpol gemeldet, die mutmasslich den Terroristen in die Hände gefallen sind. Insgesamt sollen sich aktuell 5000 syrische Pässe und 250 000 irakische Pässe im Fahndungssystem befinden. Mindestens zwei Attentäter der Paris-Anschläge vom November 2015 hatten solche Pässe verwendet, um als Flüchtlinge getarnt nach Europa zu reisen.

### Gefälschte Todesmeldungen

Ausserdem verzeichnen europäische Sicherheitsbehörden laut «Welt am Sonntag» immer häufiger gefälschte Todesmeldungen von Dschihadisten aus Syrien. Mit dem vorgetäuschten Ableben wollen die Extremisten die Terrorfahnder mutmasslich in die Irre führen. Um kein Risiko einzugehen, bleiben die für tot erklärten Kämpfer allerdings weiterhin im Schengener Informationssystem (SIS) zur Fahndung ausgeschrieben.

(dts Nachrichtenagentur)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/immer-mehr-is-kaempfer-kehren-nach-europa-zurueck-sicherheitsbehoerden-warnen-vor-operativen-netzwerken-a1356677.html>

## Merkels Staatsgeheimnis: Flüchtlinge sollen Siedler sein!

*By Kirschbluete on 11. September 2016*

08. September 2016 Ein Video von Gerhard Wisnewski. Er zeigt hierin auf, dass das Strategiepapier der UN für die EU vorsieht, dass die Menschen, die wir mit grossem Herzen als Flüchtlinge und Schutzsuchende aufnehmen

und ihnen eine sichere Bleibe bieten sollten, bis sich die Verhältnisse in ihren Heimatländern wieder bessern, **in Wirklichkeit von vorneherein als Siedler hierhergeschickt wurden.**

Die UNO hat bereits in ihren Bevölkerungspapieren gezeigt, dass sie abnehmende Bevölkerungen durch Migration wieder «auffüllen» will. Tatsächlich geht es aber, wie die ganze Verfahrensweise zeigt, nicht um Auffüllen, sondern um das Ersetzen. Insbesondere ist unter Fachleuten bekannt, dass, wenn man eine Bevölkerung vermehren will, den jungen Familien Anreize schaffen muss, Kinder zu bekommen und dadurch Vorteile zu haben – und nicht, wie das in Europa breitflächig der Fall ist, Familien mit Kindern auch noch zu benachteiligen. Würde man diese Bedingungen für Familien ändern, wäre das Nachwuchsproblem schnell gelöst. Das ist auch den Politikern klar. Da das nicht passiert, ist das offensichtlich auch nicht gewollt.

Aber selbst dann, wenn es aus irgendwelchen ganz besonderen Gründen nicht auf diese Weise machbar wäre, müsste man eher der schrumpfenden Bevölkerung Frauen zuführen, denn die Nettofortpflanzungsrate einer Bevölkerung wird bei Fachleuten als die Anzahl der geborenen, fortpflanzungsfähigen Töchter definiert. Auf die Anzahl der Männer kommt es nur in zweiter Linie an. Die Gründe sind klar und müssen nicht erläutert werden. Tatsache ist aber, dass kaum Frauen hierher kommen, sondern massenhaft Männer. Sollen die sich um die wenigen vorhandenen, vermehrungsunwilligen Frauen prügeln? Welchen bevölkerungspolitischen Sinn könnte das denn ergeben? (Antwort: Keinen, es sei denn, man plant die ankommenden Schutzsuchenden von vorneherein als Eroberungsarmee ein, wie das zum Beispiel die Conquistadores einst in Mittel- und Südamerika gemacht haben.)

So ein Verfahren wäre bei absolutem, alarmierendem Männermangel eine Möglichkeit. Den haben wir nicht. Es wäre auch ein Weg, wenn die einheimischen Männer nicht in der Lage wären, eine Familie zu ernähren und ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften – und im Gegensatz dazu die Neuankömmlinge über Fähigkeiten, Bildung, Wissen und die Bereitschaft verfügten, sich in die Aufbauarbeit zu stürzen. Auch das ist nicht der Fall, wie der Focus Chefredakteur Helmut Markwort in diesem Video sehr fundiert belegt. Ganz im Gegenteil, die «Ankommenden» sind zu ca. 80% vollkommen ungebildet, zum Teil sogar Analphabeten und bräuchten mehr als ein Jahrzehnt, um in den europäischen Arbeitsmarkt integriert zu werden und überhaupt ein Einkommen zu erwirtschaften, mit dem eine Familie ernährt werden könnte. Die fatale Einstellung gegenüber Frauen, die die «Ankommenden» eindrücklich zeigen, würde auch nur wenige einheimische Europäerinnen dazu bewegen, mit den Neusiedlern eine Ehe und Familie aufzubauen.

Quelle: Quer-denken-TV bzw. <http://www.denken-macht-frei.info/merkels-staatsgeheimnis-fluechtlinge-sollen-siedler-sein/>

## **Schneller, am schnellsten:**

### **Wissenschaftler wollen Computer mit Plasma-Antennen revolutionieren**

24.08.2016 • 07:02 Uhr

Ein Team russischer Physiker hat einen Weg gefunden, Silizium-Nanopartikel so einzustellen, dass sie optische Daten mit bisher unerreichter Geschwindigkeit verarbeiten können. Damit können «ultra-kompakte und ultraschnelle» Computer hergestellt werden.

Die auf Experimenten basierenden Forschungsergebnisse von Wissenschaftlern des Moskauer Instituts für Physik und Technologie (MIPT) und der ITMO Universität veröffentlichte das ACS-Photonics Journal bereits Ende Juli.

Die Wissenschaftler führten eine Reihe von Experimenten durch, um die Reaktionen von Nanopartikeln aus herkömmlichem Silizium auf intensive und kurze Laserimpulse zu studieren. Sie fanden heraus, dass das Plasma im Inneren der Teilchen eine ultraschnelle Reaktion auslöst, wenn es vom Laser getroffen wird.

Die Siliziumpartikel fungieren dadurch als nicht-lineare Antenne mit einer Geschwindigkeit von etwa 250 Giga-byte pro Sekunde. Sie verarbeitet optische Daten mit einer Geschwindigkeit, die weit höher ist, als es bisher mittels herkömmlicher Siliziumelektronik erreicht werden konnte.

«Die heutigen optischen Fasern sind in der Lage, Informationen mit Rekordgeschwindigkeiten von Hunderten von Gigabyte pro Sekunde zu übertragen. Allerdings erlaubt die Silizium-Elektronik keine derart schnelle Informationsverarbeitung. Die Schaffung einer nichtlinearen optischen Antenne wird es uns ermöglichen, dieses Problem zu lösen und den Weg für eine ultraschnelle Verarbeitung optischer Informationen zu ebnen», erklärte Denis Baranov, ein Forscher des MIPT, der Nachrichtenagentur RIA Novosti.

Die Forscher haben festgestellt, dass die Streucharakteristik der Antenne innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne dramatische Veränderungen erfährt, wenn sie durch den Laser bestrahlt wird. Während normalerweise ein Nano-

partikel eine ziemlich gleiche Menge an Energie vorwärts und rückwärts streut, schaltet es unter dem Einfluss des Femtosekundenlasers in ein «unidirektionales Streuschema» um. Die Ausgabe erfolgt nur noch in eine Richtung.

Es soll möglich sein, die Richtung zu kontrollieren, in die das Licht gestreut wird.

Diese Eigenschaft ist für die Herstellung eines volloptischen Transistors notwendig. Auf dieser Basis könnte eine nächste Generation optischer Computer folgen, die viel grössere Mengen an Informationen verarbeiten können, da sie auf Photonen basieren. Die Transistoren sind eine der Schlüsselkomponenten in den Rechnerschaltkreisen. «Unsere Arbeit legt den Grundstein für die Entwicklung ultrakompakter und ultraschneller rein optischer Signalverarbeitungsgeräte», heisst es in der wissenschaftlichen Publikation mit dem Titel «Nonlinear Transient Dynamics of Photoexcited Resonant Silicon Nanostructures».

Quelle: <https://deutsch.rt.com/gesellschaft/40124-250-gbs-russische-wissenschaftler-wollen/>

## Sahra Wagenknecht: «Leiharbeit ist moderne Sklaverei!»

Von Bodo Hering - 23. September 2016



*Gestern fragte Dr. Sahra Wagenknecht (LINKEN-Fraktionschefin) die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), ob sie «ihren eigenen Gesetzesentwurf überhaupt nicht gelesen» hat, der weiterhin Missbrauch von Leiharbeit zulasse (Foto; Youtube)*

Während Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) in ihrem Gesetzesentwurf, der gestern im Bundestag debattiert wurde, an Leiharbeit weiter festhält und nur den Missbrauch bekämpfen will, weil er Auftragsschwankungen der Firmen ausgleichen und Arbeitslosen einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt geben könne, forderte die LINKEN-Fraktionschefin Dr. Sahra Wagenknecht: «Das gehört verboten, und zwar längst.»

Nahles Gesetzesentwurf sieht vor, dass Leiharbeiter nicht länger als anderthalb Jahre bei ein und derselben Firma eingesetzt werden dürfen und nach neun Monaten den gleichen Lohn wie die Vollbeschäftigten erhalten sollen. Bis Mitte Oktober 2016 sollen Bundestag und Bundesrat das Gesetz beschliessen. Zu lasch und eine Mogelpackung, kritisierten gestern die Grünen.

Tatsächlich halten nur die wenigsten Leiharbeiter überhaupt neun Monate durch. Nur jedes vierte Leiharbeitsverhältnis besteht neun Monate oder länger, meldete Anfang diesen Monats «DER SPIEGEL». 15 Prozent dauern 15 Monate, 12 Prozent über 18 Monate. Fast zwei von drei Leiharbeitern arbeiteten zuletzt zu besonders niedrigen Löhnen. Sie lagen unter der Niedriglohnschwelle von rund 1970 Euro brutto im Monat, also unter dem Lohn, der zwei Drittel des mittleren Gehalts (2.96 Euro) der Beschäftigten insgesamt beträgt. 5,7 Prozent der Leiharbeitnehmer haben Anspruch auf ergänzende Leistungen und stocken ihr Gehalt mit Hartz IV auf.

Die Zahl der Leiharbeiter erreicht in Deutschland einen neuen Höchststand. 2015 waren insgesamt 961 000 Menschen als Leiharbeiter beschäftigt, 50 000 mehr als im Vorjahr. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN hervor.

«Leiharbeit ist demütigend», sagte Sahra Wagenknecht gestern im Bundestag.

Wagenknecht weiter: «Leiharbeiter sind Beschäftigte zweiter Klasse, in der Regel mit weniger Rechten, deutlich weniger Geld und oft genug ungeschützt Schikanen ausgesetzt. Leiharbeit bedeutet ständige Lebensunsicherheit; denn Leiharbeiter sind immer die Ersten, die entlassen werden, und das Versprechen von der Brücke in den Arbeitsmarkt ist längst von der Realität widerlegt.

Leiharbeit macht auch arm. Zwei Drittel aller Leiharbeiter arbeiten zu Niedriglöhnen. Viele sind Aufstocker. Im Schnitt liegt der Lohn vollzeitbeschäftigter Leiharbeiter bei 1.747 Euro pro Monat. Ich glaube, es können sich

einige nicht vorstellen, wie man davon leben kann und dass man deswegen später im Alter arm sein wird. Leiharbeit wird natürlich auch eingesetzt, um Stammbesellschaften zu disziplinieren, als Drohung, um Lohnforderungen niedrig und Arbeitnehmer gefügig zu halten. Zu Recht empfinden viele Betroffene Leiharbeit als moderne Sklaverei. Deshalb bleibt die Linke dabei: Solche Lohndrückerinstrumente haben in diesem Land nichts zu suchen. Das gehört verboten, und zwar längst.»

Tatsächlich war das früher auch einmal verboten. Noch in den 1960er-Jahren gab es in Deutschland überhaupt keine Leiharbeit. Später war sie nur unter ganz strengen Einschränkungen erlaubt. Aber die Möglichkeit, in Grössenordnungen reguläre Jobs durch mies bezahlte Leiharbeitsverhältnisse zu ersetzen, um dann die Aktionäre mit höheren Dividenden verwöhnen zu können, war über viele Jahrzehnte gesetzlich ausgeschlossen.

Frau Nahles, man muss natürlich auch sagen: Dass sich das geändert hat, liegt nicht daran, dass die Unternehmen vergessen haben, wofür Leiharbeit einmal da war, sondern daran, dass die gesetzliche Grundlage verändert wurde, nämlich 2002 unter Rot-Grün. Damals wurden die Schleusen geöffnet. Seither boomt die Branche. Fast 1 Million Menschen arbeiten heute in diesen Lohndumpingjobs. Jede dritte offene Stelle im angeblichen Jobwunderland Deutschland ist eine Stelle in der Leiharbeit. Deswegen muss dieser rote Teppich für Renditejäger endlich wieder eingerollt werden.

«Wir werden das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit und der gleichen Arbeitsbedingungen für Leiharbeitsbeschäftigte und Stammbesellschaften gesetzlich durchsetzen.» Das hat die SPD 2013 ihren Wählerinnen und Wählern versprochen. Nun, auf die Einlösung dieses Versprechens haben die 1 Million Leiharbeiter umsonst gehofft. Ich finde, dass das, was Sie, Frau Nahles, hier vorlegen, wirklich eine Verhöhnung der Betroffenen ist. Wenn ich höre, was Sie gerade hier erzählt haben, gerade im ersten Teil Ihrer Rede, kann ich dem zwar zustimmen, aber ich frage mich: Haben Sie Ihren eigenen Gesetzentwurf überhaupt nicht gelesen, oder sind Sie inzwischen so routiniert darin, den Leuten wider besseres Wissen Unsinn zu erzählen, dass Ihnen das gar nichts mehr ausmacht?

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – ja, richtig. Nach 9 Monaten sollen Leiharbeiter in Zukunft den gleichen Lohn bekommen, mit entsprechendem Tarifvertrag sogar erst nach 15 Monaten. Dumm nur, dass die Hälfte aller Leiharbeiter maximal 3 Monate im Unternehmen ist, und bei zwei Dritteln endet das Leiharbeitsverhältnis nach 6 Monaten. Das heisst, diese Menschen haben überhaupt nichts von diesem neuen Gesetz.

Es ist richtig: Länger als 18 Monate darf ein Betrieb in Zukunft einen Leiharbeiter nicht mehr auf derselben Stelle beschäftigen. Aber danach muss der Arbeitsplatz nicht etwa mit einem regulär Beschäftigten besetzt werden. Nein, der Betrieb muss sich einfach nur einen neuen Leiharbeiter suchen. Und nach drei Monaten Karenzzeit kann er den alten Leiharbeiter – natürlich wieder zum halben Lohn; denn die Rechnung mit neun Monaten fängt ja wieder von vorne an – sogar wieder auf derselben Stelle einsetzen. Das alles geschieht ganz legal und mit dem Segen von Frau Nahles. Im Klartext: Unternehmen können in Zukunft unbegrenzt Leiharbeitskräfte beschäftigen. Sie müssen sie nur spätestens nach 18 Monaten austauschen. Ich finde, das ist das Gegenteil von gleicher Bezahlung, von gleichem Lohn und Gleichbehandlung. Und darauf sind Sie auch noch stolz. Ich finde das unglaublich.

Es geht ja nicht nur um Leiharbeit.

«Wir wollen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist und die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen.»

Auch das hat die SPD 2013 ihren Wählern versprochen. Auch die Einlösung dieses Versprechens bleibt sie schuldig. Frau Nahles, in ihrem ersten Gesetzentwurf vom November letzten Jahres hatten Sie immerhin noch ein paar Kriterien für Scheinwerkverträge definiert. Es war aber wenig überraschend, dass die Arbeitgeber dagegen Sturm liefen, speziell die der Elektro- und der Metallbranche, die ja besonders gerne solche Werkverträge einsetzen. Sie liefen nicht nur Sturm, sie öffneten vor allem ihre Schatullen. Am 11. Dezember letzten Jahres erhielt die CDU eine Grossspende von 150 000 Euro vom Arbeitgeberverband Südwestmetall. Am gleichen Tag flossen vom gleichen Absender 60 000 Euro an die SPD, und eine Woche später wurde die CSU vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie mit einer Spende von 358 000 Euro bedacht. Das Geld war offenbar gut investiert; denn Anfang 2016 – das ist natürlich nur eine zufällige zeitliche Abfolge – wurden sämtliche Kriterien, anhand derer man Scheinwerkverträge identifizieren und entsprechend verbieten könnte, aus dem Gesetzentwurf gestrichen. Ohne Kriterien für Scheinwerkverträge gibt es natürlich auch keine Sanktionen für Unternehmen, die illegale Arbeitnehmerüberlassung betreiben.

Es geht sogar noch weiter: Das neue Gesetz schafft zusätzlich ein Extraschlupfloch für kriminelle Unternehmen, welches ihnen in Zukunft das Risiko erspart, sich strafbar zu machen und Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen zu müssen. Die Unternehmen brauchen lediglich eine – selbstverständlich ganz und gar freiwillige –



Unterschrift der Beschäftigten, dass sie auf jeden Widerspruch verzichten, weil sie keine Festanstellung anstreben würden. Das ist in etwa so, als würden Sie einem Vermieter erlauben, sich aus den Bestimmungen des Mietrechts zu verabschieden, wenn er dafür die Unterschrift eines potenziellen Mieters beibringt. So kann man letztlich den gesamten Rechtsstaat entsorgen. Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, dass Sie so etwas vorlegen. Der Missbrauch von Werkverträgen wird so nicht erschwert oder gar verhindert. Den Missbrauchtreibenden wird ein Freibrief ausgestellt. Ich finde, das ist wirklich ein Skandal.

Es ist schlimm genug, dass die CDU das mitträgt. Aber dass die Sozialdemokratie so etwas mitträgt! Das können Sie doch nicht ernsthaft Ihren Wählerinnen und Wählern zumuten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sagen Sie jetzt nicht, Sie hätten ja Besseres gewollt, aber mit der Union sei das leider nicht möglich gewesen. Das mag ja sogar so sein. Aber die Fesseln der Grossen Koalition haben Sie sich doch freiwillig angelegt. Noch gäbe es im Bundestag andere Mehrheiten. Wenn Sie aber weiterhin mit solchen Gesetzen oder mit dem Abfeiern von Konzernschutzabkommen wie CETA ihre Wählerinnen und Wähler vergraulen, dann ist es in diesem Bundestag damit eben irgendwann vorbei. Ich finde das unverantwortlich.

Sie lassen doch mit solch einer Politik zu, dass sich immer mehr Menschen abwenden, dass sie enttäuscht sind. Von einem Teil der Enttäuschten wissen wir inzwischen, wen sie wählen.

Wir sind jedenfalls überzeugt: Dieses Land braucht nicht noch mehr Lohndumping, Verunsicherung und Zukunftsangst. Wir brauchen endlich eine Wiederherstellung des Sozialstaates. Wir brauchen unbefristete, gut bezahlte, reguläre Arbeitsplätze, und wir brauchen Gesetze, die die Beschäftigten vor der rücksichtslosen Renditejagd bestimmter – vor allem grosser – Unternehmen, die das überhaupt nicht nötig hätten, schützen. Dafür steht die Linke. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Gesetzentwurf ab.»

Quelle: <https://www.berlinjournal.biz/sahra-wagenknecht-leiharbeit-ist-moderne-sklaverei/>

## Merkels Geständnis – «kaum wiedergutzumachender Schaden»

*Veröffentlicht am 23. September 2016 von conservo (www.conservo.wordpress.com)*

Der Auftritt Dr. Merkels vor der Presse war ein Geständnis, dass sie als Kanzlerin der Bundesrepublik nicht nur versagt hat, sondern dass sie dem deutschen Volk kaum wiedergutzumachenden Schaden an seiner Identität, seiner geistigen (Anm. bewusstseinsmässigen) und materiellen Substanz zugefügt hat. Mit Tremolo in der Stimme übernimmt sie die Verantwortung.

Sie stellt sich damit dem Urteil der Geschichte, dem ihrer Wähler. Sie wird angeklagt, der Kanzler, die Kanzlerin Deutschlands zu sein, die dem Land, ihrem Volk in Friedenszeiten den grösstmöglichen ideellen und materiellen Schaden zugefügt hat.

Die Zeit ihrer Kanzlerschaft ist zum Elend der Bundesrepublik Deutschlands und nicht zuletzt auch zum drohenden Zusammenbruch Europas geworden. Im Zusammenhang mit der Übernahme der Verantwortung kann diese Erkenntnis nur eine Konsequenz haben: Den Rücktritt von allen ihren Ämtern und Funktionen. Wenn sie diesen Schritt nicht tut, ist die Übernahme der Verantwortung eines ihrer genialen dialektischen Kunststücke. Für sie bedeutet ihr Eingeständnis dann lediglich eine Erlösung von ihrer eigenen Vergangenheit, um ihren verderblichen Weg für die Welt, in welchem Auftrag auch immer, weiterzuschreiten. Busse ohne tätige Reue!

Als Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands hat Frau Merkel die Partei Konrad Adenauers programmatisch gegenteilig umgestaltet. Die CDU hat den grössten Anteil am demokratischen Aufbau der Bundesrepublik. Für ihre gesellschaftspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungen beim erfolgreichen Wiederaufbau von Westdeutschland nach dem Krieg wurde sie allerdings der Hauptgegner der SED. Sie war das Feindbild ihrer Jugend. Nachdem Helmut Kohl Frau Merkel aus unerfindlichen Gründen den Weg in die westliche Demokratie geebnet hatte und ihr die CDU überlassen musste, unterliess sie nichts, diese in ein marxistisch-leninistisches Fahrwasser zu lenken.

Die christlich-ethischen Grundwerte wurden in Frage gestellt, die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft aufgelöst. Die Familienpolitik wurde von den tradierten ethischen Vorstellungen abgehängt. Ein libertärer Sexismus wurde gefördert und die Bildungspolitik auf die Auflösung der Basiswerte einer Gesellschaft ausgerichtet. Die Begriffe Geschichte und Patriotismus wurden negiert. Sie hatte damit den Grundstein gelegt, die Gesellschaft in ideologische Bahnen zu lenken, die den Vorstellungen der 1968er entsprachen. Gemeinsam mit den äusseren und inneren Feinden Deutschlands eröffnete sie den Kampf gegen rechts. Ohne diesen Begriff zu definieren,

waren der Patriotismus und die Liebe zu unserem Land gemeint. Er ist das Werkzeug der antifaschistischen Agitation, die Frau Merkel von der Pike auf gelernt hat. Viele ihrer Parteifreunde folgten ihr.

Über das System der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Funktionspositionen einer Listendemokratie machte sie diese von ihrem Wohlwollen abhängig. Solange das immer mehr dahinschmelzende Wählerpotential ausreichte, konnte sie ihre Macht erhalten und ungehindert auf ihrem Irrweg für Deutschland weitergehen. Sie hat die Volkspartei CDU im Sinne ihrer linksgerichteten Vorstellungen im Verbund mit ihren Beratern systematisch fast vollständig vom einstmaligen starken konservativen Teil gesäubert.

Diese Vorsitzende hat die einstige Kraft des «Geistes» der Bundesrepublik Deutschland, die CDU, auf das Niveau einer menschenfeindlichen Ideologie gesenkt. Damit hat sie den Selbstwert, die Identität Deutschlands auf demokratischem Fundament in grosse Gefahr gebracht. Aus der Machtposition einer abschmelzenden Partei spielte sie ihren Part in der Europa- und Weltpolitik. Mit kältester Anwendung des dialektischen Materialismus will sie ein Volk mit einer über tausendjährigen Geschichte und Kultur zu ideologisch geprägten Einheitsmenschen formen. Diese Vorstellung entspricht der bolschewistischen Ideologie.

Unter Missachtung des Amtseides des Grundgesetzes hat sie dialektisch gesehen den Nutzen zum Schaden und den Schaden des deutschen Volkes zu seinem Nutzen ausgelegt. So hat sie mit einer Entscheidung aus dem Bauch heraus 2011 die Energieversorgung der Deutschen zu Lasten der Bevölkerung im Sinne der grün/roten Umweltvorstellungen ohne demokratische Mitwirkung umgestellt. Auch sozialpolitische Forderungen passte sie ohne Not den linken Ansichten an.

Die Verteidigung der Bundesrepublik durch eine Wehrpflichtarmee löste sie durch eine käufliche Landknechtsorganisation ab. Das notwendige Waffenarsenal verkam und verblieb in einem kaum einsatzfähigen Zustand. Nach Lage der Dinge sind die Grenzen der Bundesrepublik eine Vision, die keiner Verteidigung bedarf. Im Rahmen der NATO unterliess sie es nicht, eine Rolle in der Auseinandersetzung zwischen den USA und der Russischen Föderation zu spielen. Gegen jedes historische Gebot einer friedlichen Beziehung, einer guten Nachbarschaft der Deutschen zu den Russen, entsandte sie Bundeswehrtruppen zu militärischen Manöveraktionen, die gegen Russland gerichtet waren. Sie unterstützt, vorgegeben von den USA, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen unseren östlichen Nachbarn, die letztlich die deutsche Wirtschaft treffen.

In der EU betrieb sie eine Politik der völligen Unterwerfung unter die Vorgaben der tatsächlich Europa beherrschenden Macht, dem Weltkapitalismus. Es war Minister Schäuble, der von ihr als der «Plutokratie» sprach, wie einst die Propaganda des 3. Reiches.

Die über Griechenland einbrechende Finanzkrise der EU war eine Aktion der virtuellen Bankenpolitik. Ob es die Kanzlerin sofort verstanden hat oder nicht, sie musste das Volksvermögen Deutschlands in Höhe von abermilliarden Euro zum Ausgleich der Verluste der Weltbanken selbstschuldnerisch verpfänden. Von den nicht in deutschen Tresoren aufbewahrten Goldreserven darf nicht gesprochen werden, weil es den Anschein hat, dass sie überhaupt nicht mehr greifbar existieren. Die Finanzhilfen an die europäischen Mitgliedsländer in astronomischer Höhe wurden zur deutschen «Pflicht» á fonds perdu.

Sie ist einer Währungspolitik gefolgt, die den Euro mit einem Zinssatz von 0% völlig entwertete. Die Sparguthaben, das Vermögen und die Altersversorgung des kleinen Mannes, verlieren Milliarden an Zinserträgen, die anderen, nicht deutschen Zwecken zugeführt werden. Das geschah alles ohne eine vertragliche Vereinbarung, denn die wesentlichen Grundverträge der EU, Maastricht und Lissabon, wurden im Sinne des Grosskapitals ausser Kraft gesetzt. Deutschland hatte entsprechend den Vereinbarungen seinen Part zu spielen, die bei den Verträgen der Wiedervereinigung aufgestellt worden waren. Die «mächtigste Frau der Welt» stellte sich als die ergebenste Erfüllungsgehilfin der Mächte über Deutschland und der Mitgliedsstaaten der EU dar.

Mit dem Willkommensgruss an Millionen von Menschen aus fremden Kulturen, fremden Sprachen und fremder Religionen Vorderasiens und Afrikas löste sie ein kaum beherrschbares Chaos in Deutschland aus. Sie bezeichnete diese Invasoren als ein «Herrgottsgeschenk». Mit dieser an Zynismus kaum zu überbietenden Erklärung gab sie Deutschland zur Plünderung frei. Mit ihrer einsam gefällten Entscheidung eines als Barmherzigkeit ausgegebenen «Willkommensgrusses» hat sie die Grenzen Deutschlands aufgehoben. Die Konsequenz ist, dass sie damit den deutschen Staat de facto aufgelöst hat.

Man zählt rd. 1.5 Millionen Menschen, d.h. es handelt sich um eine kommunale Einheit von der Grösse der Stadt Köln mit allen Erfordernissen einer notwendigen Infrastruktur. Die Kosten hierfür sind zweifelsohne gewaltig, wesentlich höher als eine Hilfe vor Ort. Der Strom von Einwanderern war in der Mehrheit nicht zu kontrollieren. Selbst wenn nur 1000 von ihnen islamische Gotteskämpfer gewesen sind, trägt sie die Verantwortung für das bestehende Terrorpotential. Die Deutschen wurden von dieser Kanzlerin auf dieses Ereignis weder vorbereitet noch demokratisch befragt. Selbstherrlich entschied sie über die Köpfe ihres Volkes hinweg. Diese Invasion kam

nicht überraschend. Dennoch hatte sie kein Konzept hierfür entwickelt. Es ist der Beweis für das Fehlen der Staatlichkeit Deutschlands, zu der die Sicherung der eigenen Grenzen gehört. Die Unterlassung der Abschiebung von unzähligen abgewiesenen Asylbewerbern in ihre Heimatländer entspricht letztlich dem übernationalen Auftrag der «Umvölkerung» der Deutschen.

Diese Invasionsentscheidung toppte sie mit der Feststellung, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Eine solche Erklärung wurde in dieser Unwiderruflichkeit von einem Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte zum ersten Mal seit 911 abgegeben. Der europäische Kontinent wurde seit den irischen Mönchen um Karl den Grossen vom Christentum geprägt. Seit dieser Zeit war es eine heilige Pflicht, Eindringlinge, die auf andere Götter schworen, abzuwehren. Friedliche Religionen wie z.B. aus Asien, wurden gern geduldet und als Gäste willkommen geheissen. Der Islam setzt sich aber durch seine militanten Kernaussagen hiervon ab. Sein Hauptgebot besteht in der Eroberung nichtislamischer Nationen. Er steht im Widerspruch zu unserer Verfassung bzw. dem Grundgesetz. Seine Ausbreitung ist auch mit Gewalt durchzusetzen. Diese Aktion von Frau Merkel wird von den Staatsmännern Europas als die Zerstörung europäischer Kultur, als die Schaffung eines unübersehbaren Chaos bezeichnet. Und sie haben Recht. Frau Merkel hat hiermit ihren Abstand von Kultur und «Geist» bewiesen.

Mein Gott, Frau Angela, man wirft Ihnen doch nicht vor, im Kindergottesdienst Ihres Herrn Pfarrervaters in der Nase gebohrt zu haben. Es werden Ihnen Vergehen, nein Verbrechen vorgeworfen, die von den besten Strafrechtlern der Bundesrepublik belegt werden. Die Realisierung der Klage wird verhindert, weil die Rechtsprechung der Bundesrepublik von der Exekutive, der Politik abhängig ist. Das bedeutet auch, dass die Bundesrepublik Deutschland kein Rechtsstaat ist. Unter dem Deckmantel dieser Bedingungen kann sie ihre selbstherrliche, dem Amtseid des GG zuwiderlaufende Politik gegen Volk und Wählerschaft verfolgen.

Mit ihrem Eingeständnis vor der Öffentlichkeit hat sie die Vorwürfe gegen sie anerkannt. Ihr Wunsch, die Politik der letzten Jahre unter anderen Umständen noch einmal wiederholen zu können, ist das Bekenntnis, eine mangelhafte Politik nicht nur gegen Deutschland betrieben zu haben.

Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass sie sich von Auftraggebern abhängig machen liess, die mächtiger sind als die deutsche Wählerschaft. Nie hat sie versucht, eine deutsche Souveränität zu erringen. Eine freiheitliche Europäische Union auf demokratischer Basis hätte hierfür eine Plattform sein können: Für sie ist Volk nur ein Begriff der «political correctness», der ihrer Politik auf dem Wege zur Globalisierung im Weg steht.

Nun hat sie nach ihrem Geständnis, als Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, gegenüber ihrem Land und Europa versagt zu haben, aus rechtlichen, politischen und ethischen Gründen die Pflicht, die folgende Konsequenzen zu ziehen:

1. Sie tritt ohne Begründung von allen politischen Ämtern und Funktionen zurück.
2. Sie macht weiter, allerdings unter einer der politischen Situation Deutschlands angepassten Amtsbezeichnung wie «Hohe Verwaltungskommissarin» und mit der Auflage, das deutsche Volk über sein von der Weltmacht verfügbares Schicksal der endgültigen Auslöschung mit der Tötungspolitik der Immigration von Millionen von Menschen fremder Kulturen und Religionen zu informieren.

Von Herbert Gassen, Dipl. Volkswirt, Bankkaufmann und regelmässiger Kolumnist auf *conservo*

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2016/09/23/merkels-gestaendnis-kaum-wiedergutzumachender-schaden/>

## **Wirkt wie «digitales Heroin»: Computerspiele und Internet bei Kindern und Jugendlichen**

*Lisa Natterer; Netzfrauen; So, 18 Sep 2016 08:00 UTC*

Susan kaufte ihrem sechsjährigen Sohn John ein iPad, als er in die erste Klasse kam. «Ich dachte, «warum soll er nicht dabei sein»» sagte sie zu mir während einer Therapiesitzung. Johns Schule führte sie in immer niedrigeren Klassen ein und der Techniklehrer hatte ihre erzieherischen Vorteile gepriesen, also tat Susan das, wovon sie annahm, dass es das Beste für ihren Sohn war, der auch gerne las und Baseball spielte. Sie erlaubte ihm, verschiedene Spiele am iPad zu spielen. Schliesslich entdeckte er Minecraft, von dem der Lehrer ihr versicherte, dass es «wie elektronisches Lego» sei. In Erinnerung an ihre eigene Lego-Begeisterung liess sie John also Minecraft spielen.

Zuerst war Susan davon angetan, dass John die Würfelwelt erkundete. Es fiel ihr auf, dass es aber nicht wie ihr Legospiel war – sie hatte nie Tiere umbringen müssen oder seltene Rohstoffe finden, um überleben zu können und zum nächst höheren Level des Spiels zu kommen. Aber es gab den Anschein, als ob John Freude an dem Spiel hatte, und in der Schule gab es sogar einen Minecraft-Klub; also was sollte schlecht daran sein?

Aber sie begann auch, Veränderungen an John zu merken. Er verlor sein Interesse am Lesen und am Baseballspielen und war nur mehr auf Minecraft fokussiert. Am Morgen sagte er öfters, er könne die Würfel in seinen Träumen sehen.

Obwohl sie das betroffen machte, dachte sie, ihr Sohn hätte einfach eine lebhaft Phantasie. Als aber sein Verhalten immer merkwürdiger wurde, versuchte sie, ihm das Spiel wegzunehmen, was zu Tobsuchtsanfällen ihres Sohnes führte. Seine Reaktion war so arg, dass sie nachgab und sich einredete, es wäre ja schliesslich ein erzieherisches Spiel.

Aber eines Abends realisierte sie, dass tatsächlich etwas ernsthaft schief lief. «Ich betrat sein Zimmer, um nach ihm zu sehen. Er sollte schlafen und ich habe mich echt erschrocken!» Er sass aufrecht im Bett, seine blutunterlaufenen Augen starrten geradeaus auf den beleuchteten Schirm seines iPad am Bett. Er schien in Trance zu sein. Susan wurde fast panisch und musste ihren Sohn einige Male schütteln, um ihn in die Realität zurückzuholen. Dass ihr einst gesunder und fröhlicher Sohn durch die Spielsucht in so einem starren Zustand war, verstörte sie.

Es gibt einen Grund, warum technikzurückhaltende Eltern meist Technik-Designer und Ingenieure sind. Steve Jobs war ein notorischer «wenig Technik»-Vater. Leitende Angestellte im Silicon Valley geben ihre Kinder in «keine-Technik»-Waldorfschulen. Google-Erfinder Sergey Brin und Larry Page besuchten «keine-Technik»-Montessorischulen, so auch die Gründer von Amazon, Jeff Bezos bzw. Wikipedia, Jimmy Wales.

Viele Eltern verstehen intuitiv, dass allgegenwärtig leuchtende Bildschirme einen negativen Einfluss auf Kinder haben. Wir sehen, dass es zu aggressiven Wutausbrüchen bei Kindern kommt, wenn man ihnen die Bildschirme wegnimmt. Auch ihre Aufmerksamkeitsspannen verändern sich, wenn sie nicht von ihren hypererregenden Geräten stimuliert werden. Noch ärger – wir beobachten Kinder, die gelangweilt, apathisch, uninteressiert wirken, wenn sie ohne ihre Geräte sind.

Aber es ist noch viel schlimmer, als wir denken.

Wir wissen, dass diese iPads, Smartphones und Xboxes eine Form von digitalen Drogen sind. **Neueste Gehirnbilder zeigen, dass sie auf die vordere Hirnrinde in derselben Art und Weise wie Kokain Einfluss nehmen, wobei von dort leitende Funktionen gesteuert werden, wie z.B. die Impulssteuerung.** Diese Technologie ist so hypererregend, dass die **Dopaminproduktion ansteigt** – der Neurotransmitter, der das Wohlfühl vermittelt, das am meisten an der Suchtdynamik beteiligt ist; ebenso wie Sex.

Dr. Peter Whybrow, Leiter der Neurowissenschaft an der UCLA (Universität von Kalifornien, Los Angeles), nennt die Bildschirmgeräte «elektronisches Kokain», die Chinesen sagen «digitales Heroin». Tatsächlich nennt Dr. Andrew Doan, Leiter der Suchterforschung für den Pentagon und die US Navy, die Videospiele und Bildschirmtechnologie «digitale Drogen».

Und so ist es – **das Gehirn Ihres Kindes, das Minecraft spielt, sieht ebenso aus wie das eines Drogenabhängigen.** Kein Wunder, dass es schwierig ist, Kinder von ihren Bildschirmen wegzubringen, wenn wir sie unterbrechen. Klinische Studien zeigen überdies, dass **Bildschirme dazu beitragen, Depression, Angstzustände und Aggression zu erzeugen und sogar zu psychotischen Zuständen zu führen, in denen die Videospieler den Bezug zur Realität verlieren.**

In den letzten 15 Jahren meiner klinischen Tätigkeit mit mehr als 1000 Teenagern habe ich herausgefunden, dass das Sprichwort «Vorbeugen ist besser als heilen» zutreffend ist, vor allem, wenn es zu Techniksucht kommt. Hat ein Kind erst die Grenze zur Techniksucht überschritten, kann eine Behandlung sehr schwierig werden. Ich habe es einfacher gefunden, Süchtige von Heroin und Crystal Meth weg zu bringen, als Videospielabhängige oder Facebook- und sonstige Socialmedia-Süchtige.

Die US-Akademie für Kinderärzte gab 2013 bekannt, **dass Acht- bis Zehnjährige bis zu acht Stunden täglich mit den verschiedenen digitalen Medien zubringen; Teenager bereits 11 Stunden.** Eines von drei Kindern nutzt Tablet oder Smartphone bereits, ehe es noch sprechen kann. Nach der Veröffentlichung des Handbuchs «Internet-Sucht» von Dr. Kimberley Young ist bekannt, dass 18% der Oberstufenkinder in Amerika an Techniksucht leiden.

Hat eine Person die Grenze zu totaler Sucht überschritten, egal ob Drogen, digital oder sonstiges, muss sie «entgiftet» werden, ansonsten wird keine Therapie helfen können. Bei Techniksucht hilft nur der totale Technikentzug; kein Computer, kein Smartphone, kein Tablet. Der totale Entzug bedeutet auch: Kein Fernsehen. Dafür werden ungefähr sechs Wochen anberaumt – solange dauert es, bis das übererregte Nervensystem auf seine Ursprungsschaltung zurück gefahren werden kann. Das ist allerdings keine leichte Übung in unserer über-technisierten Welt, wo Bildschirme allgegenwärtig sind. Man kann Drogen und Alkohol ausweichen, bei Techniksucht lauert die Versuchung überall.



Wie können wir also unsere Kinder davor beschützen, diese Grenze zu überschreiten? Es ist nicht einfach!

Der Schlüssel ist, zu versuchen, dass unsere vier-, fünf- oder achtjährigen Kinder davor bewahrt werden müssen, von den Bildschirmen zu sehr angezogen werden. Das bedeutet: Lego statt Minecraft, Bücher anstelle von iPads, Natur und Sport anstelle von TV. Und wenn es sein muss, dann verlangen Sie auch von der Schule Ihres Kindes, dass sie den Kindern weder Tablets noch Lesegeräte (eBook Reader, Chromebook) aushändigen, bevor sie zehn Jahre alt sind. Es gibt sogar Empfehlungen, 12 Jahre zu warten.

Diskutieren Sie ehrlich mit ihrem Kind, warum Sie die Bildschirmzeit reglementieren. Nehmen Sie Mahlzeiten miteinander ein – ganz ohne Bildschirme am Tisch, so hat es auch Steve Jobs gehalten. Werden Sie nicht Opfer des «überbesorgten-Eltern-Syndroms», wie wir es aus der Sozialen Pädagogik kennen: «monkey see, monkey do», ursprünglich ein Zulu Sprichwort – jemanden so lange nachäffen, bis es schief geht.

Wenn ich mit meinen neunjährigen Zwillingsbuben spreche, sage ich ihnen ehrlich, warum wir nicht möchten, dass sie Videospiele spielen oder Tablets haben. Ich erkläre ihnen, dass Kinder so viel spielen, dass sie nicht mehr aufhören können. Ich habe ihnen geholfen zu verstehen, dass sie, wie manche ihrer Freunde, die sich in diesen Spielen verlieren, andere Bereiche ihres Lebens versäumen. Sie könnten die Lust am Lesen oder am Baseballspielen verlieren, weniger an wissenschaftlichen oder Natur-Projekten interessiert sein, den Anschluss an ihre «echten» Freunde verlieren. Es bedurfte nicht viel Überzeugungskraft, sie hatten bereits erlebt, wie manche ihrer Freunde sich auf Grund ihrer Spielsucht verändert hatten.

Entwicklungspsychologen wissen, dass eine gesunde Kinderentwicklung soziale Interaktion braucht, kreatives, phantasievolles Spielen und eine Auseinandersetzung mit der realen, natürlichen Welt. Leider stört die Welt der allgegenwärtigen und abhängig machenden Bildschirme diese Entwicklungsprozesse.

Wir wissen auch, dass Kinder anfälliger sind für suchtfördernde Aktionen, wenn sie sich alleingelassen fühlen, ausgestossen, sinnlos und gelangweilt. Also müssen wir versuchen, sie mit der echten Welt zu verbinden und mit Verbindungen «aus Fleisch und Blut». Ein Kind, das mit bedeutungsvollen lebensechten Aktivitäten verbunden ist und sich in der Familie geborgen fühlt, wird nicht so leicht in eine digitale Phantasiewelt flüchten. Sogar Kinder aus den besten familiären Bedingungen, die liebevoll unterstützt werden, können in die Abhängigkeit stürzen, wenn sie sich mit den hypnotischen Bildschirmen beschäftigen und ihr Abhängigkeitspotential erleben. Dazu kommt, dass eine von zehn Personen schon mit einer Prädisponiertheit für Sucht ausgestattet ist.

Schlussendlich hat meine Klientin Susan John sein Tablet weggenommen; die Rückkehr ins normale Leben war von vielen Auf und Abs und Rückschlägen begleitet.

Nach vier Jahren, mit viel Unterstützung und Stärkung, geht es John heute viel besser. Er hat gelernt, einen Computer in einer gesünderen Art und Weise zu nutzen und seinen Sinn für Ausgewogenheit zurückzuerlangen: Er spielt in einem Baseballteam und hat einige sehr nahe stehende Freunde an der Schule. Seine Mutter ist immer noch wachsam und eine positive, aktive Bewacherin seines Umgangs mit der Technik, weil – wie bei jeder Sucht – ein Rückfall auftreten kann im Moment einer Schwäche. Sie schaut darauf, dass er gesunde Ausgänge unternimmt, es gibt keinen Computer in seinem Zimmer und beim gemeinsamen Abendessen ist die Technik auch verbannt.

Wenn auch manche Politiker keine Ahnung haben, dass es so etwas wie Spielsucht gibt, was besonders peinlich ist, wenn es sich um den Bundesdrogenbeauftragten handelt, so ist doch gemeinhin bekannt, dass das Suchtpotential der Videospiele hoch ist. Siehe auch dazu unser Beitrag, den ein Betroffener schrieb: «In seinem Kopf sein» ... und ewig lockt das Computerspiel. Statistiken besagen, dass ca. 15% aller spielenden Teens und Twens Anzeichen einer solchen Sucht aufweisen.

Forscher der University of Cambridge weisen darauf hin, dass die Facebook-Sucht tatsächlich stärker einzuschätzen ist als die von Zigaretten und Alkohol. Wie die «Rheinische Post» berichtet, hatten die Wissenschaftler bereits vor der aktuell debattierten Studie herausgefunden, dass das Posten bei Facebook einen ähnlichen Effekt erziele wie das Genießen von sehr gutem Essen oder Sex.

Facebook-abhängige Teenager haben einiges an Strategien entwickelt, von ihrer Sucht abzukommen. Einen Freund bitten, das Passwort zu ändern und es nicht zu verraten, das Konto überhaupt löschen, einer Hilfegruppe beitreten, die man kontaktiert, wenn man wider besseres Wissen zu viel Zeit auf Facebook verbringt. Eine Facebook-Abstinenz wird von manchen auch als «Fasten» bezeichnet – etwas, das Gläubigen leichter fällt.

Ich war eine Einsiedlerin – alleine mit meinen Entzugserscheinungen, schreibt eine «Aussteigerin auf Zeit».

Morgens der Kaffee am Frühstückstisch ohne das Checken der neusten Meldungen, welche meine Facebook-Freunde zwischen 1 Uhr nachts und 7 Uhr morgens gepostet hatten. Ohne das so vertraute Surren im Minuten-

takt meines Handys, wenn einer meiner Freunde eine Nachricht geschickt hatte. In den Mittagspausen sass ich prinzipiell immer im falschen Lokal – allein, da die anderen in letzter Minute sich noch auf Facebook besprochen hatten, wo man denn am besten Wireless-Empfang beim Mittagessen hätte. Ist alles nicht ganz so einfach, wenn man erst einmal aus der Sucht aussteigen will!

An der California State University hat ein Forscherteam 20 Testpersonen auf eine Facebook-Sucht untersucht. Dabei stuften sich Probanden anhand von Fragen zunächst selbst ein. So musste etwa beantwortet werden, ob man bei längerem Fernbleiben vom sozialen Netzwerk unruhig werde. Anschliessend wurden Bilder gezeigt und gleichzeitig die Gehirnströme überwacht.

Dabei zeigte sich, dass jene, die bereits beim ersten Teil Auffälligkeiten zeigten, auf Bilder mit Facebook-Bezug wesentlich stärker reagierten. Die Forscher verglichen diesen Effekt sogar mit jenem, den Kokain bei Abhängigen auslöst. Zwischen starkem Interesse und Sucht zu unterscheiden ist gerade beim Internet nicht immer ganz einfach.

Quellen: Dr. Nicholas Kardaras auf [nypost.com](http://nypost.com); <https://de.sott.net/article/26176-Wirkt-wie-digitales-Heroin-Computerspiele-und-Internet-bei-Kindern-und-Jugendlichen>

## Kanzlerin Merkel kritisiert nicht sich selbst, sondern ›Vorurteile‹ und ›Hass‹ im Volke

*Veröffentlicht am 16. September 2016 von conservo ([www.conservo.wordpress.com](http://www.conservo.wordpress.com))*

*Von Felizitas Küble*

Wie FAZ-online vom 13.9.2016 unter dem Titel ›Merkel verspricht ›handfeste Lösungen‹ in Flüchtlingspolitik‹ berichtet, weigert sich die Kanzlerin nach wie vor, ihren verfassungswidrigen Holzweg in der Asylpolitik einzugestehen. Stattdessen dreht sie jetzt den Spiess um und spielt den Oberlehrer gegenüber den Deutschen. Der Bevölkerung hierzulande hält sie vor, dass mittlerweile ›Vorurteile zutage getreten‹ seien, die ›latent schon immer vorhanden‹ gewesen seien.

Merke: Wenn gewisse Regenten sich massiv verkalkulieren oder bewusst ideologisch gegen die Interessen des eigenen Landes handeln und sogar Verfassungsbruch begehen, dann ist das noch lange kein Grund, an die eigene Brust zu klopfen.

Im Gegenteil: Frau Merkel klopft sich dreist auf ihre Schultern, denn durch ihre vermeintlich grossartige Asylpolitik sei nun offenbar geworden, was vorher nur ›latent‹ vorhanden war, nämlich ›Vorurteile‹, ja sogar ›Hass‹ gegenüber ›Ausländern‹. Ihren höchst problematischen Deal mit dem türkischen Despoten Erdogan lobt sie freilich als ›faire Vereinbarung‹ ...

Tatsache ist, dass die teils naive Bevölkerung hierzulande zwar unrealistisch, aber gutmütig zunächst ihre Vorgehensweise in der Asylfrage befürwortet hatte. Auf Bahnhöfen – nicht nur in München – versammelten sich im September vorigen Jahres tausende wohlmeinende Bürger, um Ankömmlingen aus aller Herren Länder einen herrlichen Empfang zu bereiten. Diese Deutschen wollten offenbar sich selbst und aller Welt beweisen, dass sie ihre moralische Lektion wunderbar gelernt haben ...

Doch als deutlich wurde, dass es mit den Migrationsströmen kein Ende nahm, dass die meisten Ankömmlinge aus Muslimen bestanden, als sodann der Zusammenhang zwischen ›Flüchtlings‹ und Terroranschlägen immer klarer wurde und mittlerweile selbst vom Bundesinnenminister eingeräumt wird (der dies noch vor einem halben Jahr in Abrede stellte), haben sich bei vielen Menschen Ängste und Befürchtungen breit gemacht, die nichts mit ›Vorurteilen‹ oder gar ›Hass‹ zu tun haben, sondern mit Wirklichkeitssinn und Verantwortungsbewusstsein – also Eigenschaften, auf welche die Kanzlerin offenbar verzichten kann.

Ihren politischen Asylirrweg bezeichnet sie laut ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹ als nicht nur richtig, sondern gar ›richtungsweisend‹. Zugleich betrachte sie es als ihre Pflicht, «immer die Gründe für die Entscheidungen zu benennen und um Unterstützung zu werben.»

Auf diese ›Gründe‹ warten wir heute noch. Für ihre ›richtungsweisenden‹ Entscheidungen hat sie vorher keine einzige Landesregierung bzw. Bundesland gefragt, ihnen aber den Grossteil der Asyl-Kosten aufgebürdet, die aus ihren einsamen Einfällen entstanden sind.

Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass ihr Entschluss zur Grenz-Öffnung dem Grundgesetz widerspricht, weil dieses in Art. 16 ausdrücklich vorsieht, dass Personen, welche aus einem EU-Land oder einem ›sicheren Herkunftsstaat‹ (wozu auch Ungarn gehört!) einreisen, keinen Asylanspruch haben.

(Original: <https://charismatismus.wordpress.com/2016/09/14/kanzlerin-merkel-kritisiert-nicht-sich-selber-sondern-vorurteile-und-hass-im-volke/#comments>)

Dazu ein Kommentar von «Zeitschnur» (14. September 2016 um 19:26, <http://zeitschnur.blogspot.de/>):

### Merkel ist nicht links – Merkel ist Merkel

Schon der Anspruch, wenn man «richtungsweisend Politik machen» wolle, müsse man gewissermassen ohne Rücksicht auf Verluste «polarisieren», ist eine Unverschämtheit und nicht mehr die Sprache eines demokratischen Regierungschefs, sondern eines Autokraten.

Ich habe es im Ohr, wie man der AfD oder in der Vergangenheit Stoiber unter anderem vorgeworfen hat, sie würden «polarisieren». In deren Fällen aber gab es einfach nur (und gibt es) verschiedene Lager zu verschiedenen Themen – das aber ist doch Alltag in einer Demokratie. Nein?

Wie sieht aber die «Polarisierung» bei Merkel denn aus?

82% der Deutschen lehnen derzeit Merkels Regierungsstil ab!

Die Pole der Merkelschen Polarisierung lauten: Merkel gegen das Gros des Staatsvolks.

So redet wohl eine künftige Diktatorin.

Sie meint mit «polarisieren», dass sie als Alleinherrscherin und ohne, dass man ihre niemals erklärte, meist nichtsagend unvorbereitet daherkommenden Aktionen, die doch stets so unideologisch wirken, ablehnen darf, das Recht auf unsere Unterwerfung hat.

Noch haben wir die Möglichkeit, sie zu stürzen. Es wäre tragisch, wenn sie nächstes Jahr noch einmal gewählt würde. Danach wird sie Deutschland zugrunde richten, denn dann hat sie vier Jahre Zeit, erst recht ihr autokratisches System zu stabilisieren, mit Putin und Erdogan eine neue europäische Trias des Grauens einzurichten. Der ehemals grösste «Gegner», die SPD, ist bereits kaputtregiert. Nun will sie sich die Grünen an ihren grossen Busen ziehen. Sie werden anschliessend ein vertrocknetes Gehäuse sein, wenn sie sie genügend ausgesaugt, ihnen ihre populären Themen weiterhin gestohlen (wie den Atomausstieg) und immer weiter Rechtsbruch auf Rechtsbruch begangen haben wird.

Alle ernsthaften Kritiker wird sie verhetzen und verleumden, wie sie es hier schon mit der Mehrheit des Volkes macht, wie sie jeden Konkurrenten weggebissen hat bislang und dies auf eine verabscheuenswerte Art.

Merkel ist nicht «links», wie viele meinen, nein: Sie ist Merkel, und das ist noch schlimmer. Ihre Ideologie kennt nur einen Satzketzen: ICH AN DER MACHT.

Wer das Unheil, das sie mit allen Bandagen und rücksichtslos durchzieht, kritisiert, ist also ein Mensch voller «Ressentiments» und «Hass»?

Und ich sage: Wer so das Volk verhetzt und das Amt des Bundeskanzlers missbraucht, ist ein gewissen- und verantwortungsloser, perfider Politiker.

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2016/09/16/kanzlerin-merkel-kritisiert-nicht-sich-selber-sondern-vorurteile-und-hass-im-volke/#more-11513>

## Alarmierende Klimameldungen: Aufstände in Indien wegen Wasserknappheit

15.09.2016 • 10:15 Uhr

Die letzten drei Jahre brachten jeweils wieder einen weltweiten Temperaturanstieg mit sich. Vor allem in den Schwellenländern ziehen die Hitzerekorde Dürre nach sich. In Indien kommt es deshalb nun sogar zu Verteilungskämpfen ums Wasser.

Laut Wetterdaten erlebt die Erde seit elf Monaten eine beispiellose Hitzewelle. Diese trifft vor allem Schwellenländer wie Brasilien, Russland und Indien. In der IT-Metropole Bangalore kam es jüngst wegen Wasserknappheit zu schweren Ausschreitungen.

Indien erlebt gegenwärtig die schlimmste Dürre in den vergangenen Jahrzehnten. Im gesamten Land kommt es zu Konflikten, etwa zwischen Industrie und Bauern, darüber, wie das knappe Wasser verteilt werden soll. Nachdem am Montag ein Bundesgericht entschieden hatte, dass der Bundesstaat Bangalore Wasser aus dem Fluss Kaveri an die Nachbarregionen weiterleiten muss, kam es zu schweren Ausschreitungen.

Die indische Regierung verhängte den Ausnahmezustand. Die Behörden schickten zusätzlich 15 000 Sicherheitskräfte in die Stadt. Bangalore ist das Zentrum der indischen IT-Industrie. Doch die grossen Computer- und Internetfirmen forderten am Montag ihre Mitarbeiter auf, zu Hause zu bleiben.

Wie das Handelsblatt berichtet, hatten sich zuvor ganze Stadtteile in Schlachtfelder verwandelt: Um ihrer Forderung nach Wasser aus dem Kaveri Nachdruck zu verleihen, zündeten Demonstranten Autos und Geschäfte an. Indien ist einer der Staaten, die am stärksten von der allgemeinen Temperaturerwärmung betroffen sind. Die

NASA stellte in einer aktuellen Untersuchung fest, dass die mittlere Temperatur auf der Erde seit elf Monaten ohne Unterbrechung ansteigt. Eine solche Serie von Hitzerekorden hat es seit dem Beginn der Wetteraufzeichnungen nicht gegeben. Seit Oktober 2015 war jeder einzelne Monat der jeweils heisseste aller Vergleichszeiträume seit dem Jahr 1880.

Aus dem Mittleren Osten waren Ende Juli Temperaturen von über 50 Grad gemeldet worden. Laut Daten aus dem Goddard Institute for Space Studies, welche die NASA vorstellt, zieht sich ein heisses Band von der russischen Uralregion über den Mittleren Osten bis auf die arabische Halbinsel. Ausserdem lassen sich überdurchschnittlich hohe Werte in Brasilien, Indien, China und Südafrika feststellen. Zudem registrierten die Beobachtungsstationen an der amerikanischen Nordostküste ungewöhnliche Temperatursteigerungen.

Für die meisten betroffenen Regionen gilt, dass die jeweils vorhandene Infrastruktur für die Wasserversorgung ohnehin unzureichend ist. So beruht die Versorgung der Dienstleistungsmetropole Bangalore mit Trinkwasser zum Grossteil auf dem Fluss Kaveri. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der Einwohner in der Region auf etwa zehn Millionen Menschen verdoppelt. Nur ein geringer Teil des verbrauchten Wassers wird aufbereitet, die Hälfte der Haushalte ist nicht einmal an die Kanalisation angeschlossen.

Aber auch die Bauern der Region müssten jetzt ihre Felder bewässern. Das gleiche Problem haben die Farmer im Nachbarstaat Tamil Nadu. Die aktuellen Ausschreitungen sind ein klarer Verteilungskampf um das kostbarste Gut der Erde, das Wasser. In Bangalore machte der Mob Jagd auf Bürger aus Tamil Nadu. In Chennai, der Hauptstadt von Tamil Nadu, griffen Menschen ein Hotel an, das von Familien aus Karnataka betrieben wird, so Frederic Spohr, der Korrespondent des Handelsblatts.

Der Konflikt könnte sich zum Musterfall für viele andere Regionen entwickeln. Laut den aktuellen Klimadaten gilt es als sicher, dass auch das Jahr 2016 wieder als das wärmste Jahr zu Buche schlagen wird, das je gemessen wurde. Der bisherige Rekordhalter war das Vorjahr 2015, zuvor war es 2014. Auch dies stellt einen weiteren Negativrekord dar. Drei aufeinander folgende Rekordjahre hat es bisher in der Geschichte der globalen Wetteraufzeichnungen nicht gegeben.

Quelle: <https://deutsch.rt.com/asien/40671-alarmierende-klimameldungen-aufstande-in-indien/>

## Eine teuflische Hochzeit für Europa: Bayer heiratet Monsanto

15/09/2016 Werner Nosko

**Irgendwie pervers: Da fusionieren zwei Unternehmen, das eine führt einen weltweiten Menschenversuch mit gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln (Saatgut) durch, das andere (Bayer) behandelt dann die Folgen davon mit Medikamenten. Beide produzieren nebenbei noch höchst ungesunde Pestizide. In jedem Fall eine Win-Win Situation für das neue Ehepaar. Die Geschichte der beiden Unternehmen könnte man auch kurz damit beschreiben: Von «Agent Orange bis Zyklon B».**

Bei weitem haben beide Unternehmen keine ruhmreiche Geschichte, beide sind mitverantwortlich für Millionen Tote oder schwer Kranke. Noch heute leiden die Menschen, zum Beispiel in Südostasien, an den Folgen von «Agent Orange», noch heute werden dort schwerst behinderte Kinder geboren, die auf den Abwurf von Tonnen und aber Tonnen dieses Entlaubungsmittels auf Vietnam zurück zu führen sind. Vermutlich verdient Bayer auch noch an den Spätfolgen. Immerhin hat das Unternehmen auch eine Niederlassung in Ho Chi Minh City, früher Saigon.

Übrigens: Die Liebe von Bayer mit Monsanto ist gar nicht so neu: «Agent Orange» wurde unter anderem von den US-Firmen Dow Chemical und Mobay, einem Gemeinschaftsunternehmen von Monsanto und der Bayer AG, hergestellt und geliefert. Oder ob Menschen mit «Zyklon B» in deutschen Konzentrationslagern vergast wurden. **Bayer hatte seine Finger im Spiel:** Als Teil der IG Farben beteiligte sich Bayer während des Krieges an den grässlichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte. So lieferte die Degesch, eine Tochterfirma von IG-Farben und Degussa, das Zyklon B für die Gaskammern. Im Auftrag der IG wurden in Buchenwald und Auschwitz tödliche Experimente an Häftlingen durchgeführt, besonders mit Impfstoffen. Und die IG Farben liessen sich in Auschwitz eine riesige neue Fabrik von Sklavenarbeitern bauen. Im konzerneigenen Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz kamen rund 30 000 Zwangsarbeiter ums Leben. Den Aufbau des benachbarten Vernichtungslagers Birkenau unterstützte die Firma finanziell und logistisch.

Man mag nicht an einen Zufall glauben, dass gerade jetzt Monsanto durch diese Fusion zu einem quasi deutsch-europäischen Unternehmen wird. Gentechnik ist in Europa vollkommen verpönt, CETA kurz vor der vorläufigen Inkraftsetzung und bei TTIP wird noch rumgetrickst und rumgeeiert, ob ja oder nein.



Monsanto ist so oder so ein Unternehmen, welches skrupelloser nicht sein kann. So mag es nicht wundern, dass die Deutschen Wirtschafts Nachrichten auf Grund eines Berichtes der nicht als wirtschaftsfeindlich bekannten Nachrichtenagentur Reuters titeln:

### **Monsanto: Die brutalen Herren über das Saatgut dieser Welt**

Nach der Übernahme durch Bayer widmet sich die als eher besonnen bekannte Nachrichtenagentur Reuters dem Wesen von Monsanto – und kommt zu einem mehr oder weniger vernichtenden Fazit im Hinblick auf ethische Minimalerfordernisse.

Der Leverkusener Pharma- und Chemiekonzern Bayer übernimmt den weltgrößten Saatguthersteller Monsanto für knapp 66 Milliarden Dollar (58,7 Mrd. Euro). Kein anderes Unternehmen in der Branche hat ein derart schlechtes Image. Wegen seiner aggressiven Geschäftspraktiken, seiner gentechnisch veränderten Produkte und des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat steht das US-Unternehmen, das weltweit über 21 000 Mitarbeiter in 66 Ländern beschäftigt, seit Jahren in der Kritik. Im Folgenden ein Überblick über den Konzern aus St. Louis im US-Bundesstaat Missouri ...

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/09/14/monsanto-die-brutalen-herren-ueber-das-saatgut-dieser-welt/>

**Durch die Giftcocktails wie z.B. Glyphosat und Pestizide sind unsere Lebensmittel mittlerweile alles andere als gesund, sondern möglicherweise sogar krebserregend.**

[https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche\\_Gesellschaft\\_f%C3%BCr\\_Sch%C3%A4dlingsbek%C3%A4mpfungMonsanto](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Gesellschaft_f%C3%BCr_Sch%C3%A4dlingsbek%C3%A4mpfungMonsanto)

[https://de.wikipedia.org/wiki/Agent\\_Orange](https://de.wikipedia.org/wiki/Agent_Orange); [https://de.wikipedia.org/wiki/Zyklon\\_B](https://de.wikipedia.org/wiki/Zyklon_B); <http://www.cbgnetwork.org/5416.html>

### **Text aus dem Video hier noch zum Nachlesen**

#### **Werner Bauman**

Wir freuen uns, dies heute gemeinsam ankündigen zu können. Heute ist wirklich ein historischer Tag für Bayer und für Monsanto. Gemeinsam werden wir mit aller Kraft daran arbeiten, eine der größten Herausforderungen der Gesellschaft zu bewältigen: Eine stark wachsende Weltbevölkerung auf ökologisch nachhaltige Weise zu ernähren.

Was wir tun, ist gut für die Kunden. Wir helfen, genügend sichere, gesunde und erschwingliche Lebensmittel zu produzieren. Es ist auch gut für die Landwirte. Wir bieten ihnen noch bessere Möglichkeiten, die Erträge auf nachhaltige Weise zu steigern.

Aktionäre beider Unternehmen profitieren von dieser Transaktion. Denn es geht um Wertsteigerung und Wachstum. Und: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können Innovationen für die nächste Generation der Landwirtschaft vorantreiben. Dieser Schritt wird die Position von Bayer als führendem Life-Science-Unternehmen in der Welt deutlich stärken.

Sowohl der Gesundheits- als auch der Agrarsektor bieten attraktive Wachstumsperspektiven. Mit unseren innovativen Produkten helfen wir, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern. Indem wir Krankheiten vorbeugen und sie behandeln. Und indem wir eine verlässliche Versorgung mit hochwertigen, nachhaltig produzierten und sicheren Nahrungsmitteln ermöglichen.

Bayer hat eine starke Kultur der Innovation, der Nachhaltigkeit und der gesellschaftlichen Verantwortung. Wir sind eines der angesehensten und vertrauenswürdigsten Unternehmen der Welt, und ich bin überzeugt, dass sich Monsanto als Teil von Bayer hervorragend entwickeln wird. Gemeinsam wollen wir die Zukunft der Landwirtschaft gestalten. Damit übergebe ich an Hugh.

#### **Hugh Grant**

Danke Werner

Dies ist ein besonderer Tag für Monsanto, für unsere Mitarbeiter, für Standorte, an denen wir tätig sind, und für die Landwirte weltweit.

Im vergangenen Jahr habe ich häufig über dieses Thema gesprochen: Wir stehen am Beginn einer neuen Ära der Landwirtschaft, in der Landwirte nach neuen Lösungen und Technologien verlangen, die ihnen eine profitablere und nachhaltigere Produktion ermöglichen. Die Vision für den Zusammenschluss ist genau aus diesem Wunsch heraus entstanden: Es Landwirten zu ermöglichen, mehr mit weniger zu produzieren. Zusammen mit Bayer werden wir in der Lage sein, Landwirten schneller noch bessere Lösungen anbieten zu können.

Der Zusammenschluss bietet genau das: Einen Innovationstreiber, der das Pflanzenschutz-Portfolio von Bayer mit unseren erstklassigen Saatgut- und Pflanzeigenschaften und unserer Climate-Corporation-Plattform verbindet und Landwirten so dabei hilft, Hindernisse von morgen zu überwinden. Unsere Mitarbeiter werden durch

den Zusammenschluss Teil einer Organisation, die unsere Werte, unsere Leidenschaft für Innovation und unsere Verpflichtung gegenüber Landwirten und Kunden weltweit teilt. Bayer ist ein verantwortungsvolles Unternehmen, das unser partnerschaftliches Engagement an unseren Standorten schätzt und achtet. Wir freuen uns auf die Zukunft und die neue Ära der Landwirtschaft. Ich bin stolz darauf, dass Monsanto diesen Weg bereitet hat. Zusammen mit Bayer werden wir auf unserer Tradition und Erfolgsgeschichte im Hinblick auf Innovationen aufbauen und so die Herausforderungen angehen, denen die Landwirte heute und in Zukunft begegnen.

Vielen Dank.

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2016/09/15/eine-teuflische-hochzeit-fuer-europa-bayer-heiratet-monsanto/>

## Strahlung überall: EU will freien WiFi-Internetzugang an allen öffentlichen Orten

RT Deutsch; Do, 15 Sep 2016 07:42 UTC

Staatliche Ämter und öffentliche Orte in der EU sollen freien Highspeed-Internetzugang anbieten, heisst es laut «El País» in der Initiative von Jean-Claude Juncker, die er dem EU-Parlament vorgelegt hat. Bis 2020 sollen alle Parks, Krankenhäuser, Museen und Bibliotheken sowie Stadtplätze, Kultur- und Architekturdenkmäler mit Wi-Fi-Routern ausgerüstet werden. Entlang von Auto- und Eisenbahnrouen wird die 5G-Technologie eingesetzt. Geschätzte Kosten belaufen sich auf mindestens 120 Millionen Euro.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26122-Strahlung-uberall-EU-will-freien-WiFi-Internetzugang-an-allen-offentlichen-Orten>

## Statistikschwindel zur Vertuschung der Asylmisere Geschröpft werden die Steuerzahler

von Martina Bircher, Grossratskandidatin, Aarburg AG; 15.09.2016, 15:18 von admin | 3798 Aufrufe

Das von Bundesbern verschuldete Asylchaos kostet uns Steuerzahler Milliarden – und zwar während Jahrzehnten. Wie viel genau – das weiss heute niemand. Der Bund führt zwar mehrere Statistiken zu den Flüchtlingen. Doch es fehlt eine Vollkostenrechnung einerseits, eine Langzeit-Lagebeurteilung andererseits.

### Kosten bleiben geheim

Das Asyl-Thema sei «komplex», werden die verantwortlichen politischen und Verwaltungsstellen nicht müde zu behaupten. Fragen nach den finanziellen Auswirkungen heutiger Entscheide zur Asylpolitik pflegen sie bewusst zu überhören.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) entscheidet über eingereichte Asylanträge, also über den Verbleib von Antragstellern in der Schweiz. Wer davon ausgeht, dass die meisten Nicht-Aufgenommenen die Schweiz umgehend wieder verlassen, liegt freilich falsch. Zwar spricht das SEM von einer Anerkennungsquote von lediglich 25 Prozent aller Antragsteller. Aber bereits diese Auskunft erweist sich als Besänftigungstrick – als Trick unter vielen anderen.

Der Flüchtlingsstatus (B-Ausweis) wird zwar tatsächlich «nur» einem Viertel der Antragsteller zugestanden. Aber weitere 28 Prozent erhalten den Status der «vorläufigen Aufnahme» (F-Ausweis). In der Statistik werden die vorläufig Aufgenommenen nicht als Personen erwähnt, die Asyl erhalten haben und demnach hier bleiben. Sie erscheinen unter dem Titel «Schutzquote». In Tat und Wahrheit verlässt aber nicht einmal die Hälfte der Asylsuchenden die Schweiz je wieder. Effektiv reisen sogar nicht einmal 20 Prozent der Asylsuchenden wieder aus – via Rückführung in einen Dublin-Staat, wo sie ihr Erstgesuch seinerzeit gestellt haben oder mittels kontrollierter Selbstabreise in ihr Herkunftsland. Die restlichen 27 Prozent registriert das SEM unter den sogenannten «anderen Abgängen» oder unter dem Titel «unkontrollierte Ausreise». In Tat und Wahrheit stellen sehr viele dieser «anderen Abgänger» einfach ein Wiedererwägungsgesuch. Oder sie tauchen illegal unter als Sans-Papiers.

Für Asylbewerber, denen die Einreise in die Schweiz gestattet worden ist, übernimmt der Bund die Kosten für die ersten fünf bzw. sieben Jahre ab ihrer Einreise in die Schweiz. Bundesbern weist die daraus resultierenden Kosten in seiner Asyl- und Flüchtlingsstatistik aus – ebenso wie die «Abgeschlossene Fälle» gezählten Bewerber.

### Nur Wenige arbeiten

Aus all den präsentierten Zahlen geht immerhin hervor, dass lediglich 17 Prozent der via Asylschiene in die Schweiz gelangten Personen den Sprung in den Arbeitsmarkt je schaffen. Fast sechs Prozent erhalten, obwohl

sie erst seit höchstens sieben Jahren in der Schweiz leben, bereits eine Alters- oder Invalidenrente – aufgebessert selbstverständlich mit Ergänzungsleistung.

Die grösste Anzahl – über vierzig Prozent – wird in der Rubrik «Beendigung der Zuständigkeit» eingeteilt: Eine Tarnbezeichnung für solche Asylanten, die auch nach fünf bzw. sieben Jahren noch zumeist vollständig von der Sozialhilfe abhängig sind. Die einzige Änderung besteht darin, dass die dieser Kategorie zugeordneten Asylanten nach fünf bis sieben Jahren Anwesenheit Sozialhilfe nicht mehr vom Bund, vielmehr von den Gemeinden und Kantonen erhalten.

Die in der Statistik verbleibenden 35 Prozent der Asyleinwanderer werden übrigens als «Andere», bzw. «Unbekannt» geführt – was dies auch immer heissen mag.

### Folgen der Willkommenskultur

Der Bund ist für das Asylwesen und dessen Folgen verantwortlich. Mit seiner dazu entwickelten Willkommenskultur bürdet er den Kantonen und Gemeinden riesige finanzielle Lasten auf. Da die Kostenfolgen aller Asylentscheide beim Bund maximal nur während sieben Jahren anfallen, interessiert es Bundesbern wenig, was mit den ins Land eingelassenen, hier aber nicht in den Arbeitsmarkt integrierbaren Personen geschieht. Der Bund bemüht sich bloss, diese Personen so rasch wie möglich aus der Statistik herausfallen zu lassen. Ganz nach dem Motto: «Aus den Augen – aus dem Sinn».

Solange der Bund die Kosten der Langzeitfolgen seiner wenig durchdachten Willkommens-Mentalität auf Kantone und Gemeinden abwälzen kann, wird Bundesbern in der jetzigen Asylpolitik verharren. Die Kostenfolgen werden abgewälzt – der Bund kann sich entlasten.

Für Bürger und Steuerzahler sind die Probleme freilich alles andere als gelöst: Ob vom Bund oder von den Kantonen und Gemeinden administriert – für die illegale Masseneinwanderung und für den vielfältigen Asylmissbrauch werden immer die heutigen und die zukünftigen Steuerzahler geschröpft. Ob zugunsten des Bundes, zugunsten des Kantons oder der Gemeindekassen – der Schröpf-Vorgang ist derselbe.

*Martina Bircher ist im Gemeinderat der aargauischen Gemeinde Aarburg Sozialvorsteherin. Ihr öffentlich bekennender Widerstand gegen die grosse Zahl den Gemeinden kurzerhand zugewiesenen, die betroffenen Gemeinden in den finanziellen Ruin treibenden Flüchtlinge, hat ihr landesweite Beachtung verschafft.*

Quelle: [http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/statistikschwindel\\_zur\\_vertuschung\\_der\\_asylmisere-2806&SID=15dd9511e4dea708f0da089110b2044354351f87](http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/statistikschwindel_zur_vertuschung_der_asylmisere-2806&SID=15dd9511e4dea708f0da089110b2044354351f87)

## Migrantenkriminalität: Viel zu geringe Strafen ...

Veröffentlicht am 15. September 2016 von conservo

### ... Zahl der Häftlinge flüchtlingsbedingt jedoch stark gestiegen

Liebe Freunde und Bürger,

ich spreche hier eine gravierende Entwicklung an, die wir vermutlich alle verfolgen und wo dringender Handlungsbedarf besteht. Die Bestrafung ist die einzige Möglichkeit, über die unsere Gesellschaft noch verfügt, sich vor der ständig zunehmenden Kriminalität effektiv zu schützen. Wo das gute Vorbild nicht mehr vorhanden ist, bleibt nur noch die Bestrafung, sonst könnte man das ganze Strafgesetzbuch doch in den Müll werfen und die Bürger der Anarchie überlassen.

Die deutschen Gefängnisse sind übervoll, und man ist seitens der Politik dennoch nicht bereit, mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Es bleibt also bis auf weiteres beim erhobenen Zeigefinger. Das sind die Folgen des «Gutmenschentums», wofür zahlreiche Menschen sogar mit ihrem Leben bezahlen müssen. Früher wurden Werte noch in der Familie gelebt und erlernt und auch vom Staat unterstützt, so wie es das Grundgesetz ja auch vorsieht. Heute gibt es dank der desaströsen Familienpolitik kaum noch wirklich intakte Familien, geschweige solche mit mehreren Kindern.

... Laut Insidern würden zwar viele Straftäter ermittelt, blieben aber auf freiem Fuss. «Wir werden längst nicht mehr für voll genommen», erklärte ein verdeckter Ermittler gegenüber Frontal21: «Wir haben Drogendealer, und das ist kein Einzelfall, die innerhalb von eineinhalb Jahren 60 bis 70 Taten begehen und immer noch frei rumlaufen.» Ralph Knispel von der Vereinigung Berliner Staatsanwälte bestätigt das. Polizei- und Vollzugsbeamte seien mittlerweile nicht mehr in der Lage, tatsächlich alle Stadtgebiete Berlins abzudecken und damit zu einem sicheren Gebiet zu machen.

Der Anteil der Ausländer lag 2014 bei 37 Prozent, 2015 bei 39 Prozent und im März dieses Jahres bei 44,6 Prozent von damals 6948 Häftlingen. Hohe Zuwachsraten gab es vor allem bei Inhaftierten aus den Maghrebstaaten. In absoluten Zahlen sind die grössten Gruppen aber die Türken und Rumänen. Die häufigsten Vergehen sind Diebstahl und Drogendelikte.

Ebenfalls zum März dieses Jahres registrierten die Justizvollzugsanstalten 3053 Ausländer und Staatenlose aus 94 Nationen, ein Jahr zuvor waren es noch 2593 Ausländer und Staatenlose aus 100 Nationen. Hohe Zuwachsraten gab es vor allem bei Inhaftierten aus den Maghrebstaaten. In absoluten Zahlen sind die grössten Gruppen aber die Türken und Rumänen. Die häufigsten Vergehen sind Diebstahl und Drogendelikte.

Verschärft werde die Situation auch durch den schwindenden Respekt gegenüber Autoritäten wie Vollzugsbediensteten, Polizisten und Richtern. «Es vergeht kaum eine Woche, in der uns nicht Gewalttaten aus Gefängnissen, Gerichtsverhandlungen und dem Justizvollzug gemeldet werden.»

(Quelle: <http://www.welt.de/vermisches/article157877592/Polizisten-beklagen-immer-mehr-Aggressivitaet.html>)

### Lehrerin attackiert

Unsere Tochter – Grundschullehrerin – musste vorige Woche sogar die Polizei rufen, weil ein Problemkind sie körperlich attackierte, indem es unter anderem Stühle in ihre Richtung warf, sie bespuckte und sogar an die Brust fasste. Der Junge wurde nachweislich selbst schon von den Freiern seiner Mutter vergewaltigt und wird sich später sicherlich für die an ihm begangenen Schandtaten durch gleiche oder ähnliche an seinen ach so guten Mitmenschen, die nur zuschauten und nichts unternahmen, rächen. Das ist deutsche Realität und das Ergebnis langjähriger links-grüner Politik, der sich inzwischen alle Parteien angepasst haben, auch die CDU.

Deutsche tadeln und bestrafen nur ungern, weil sie Kritik fürchten und nicht den Mut und Anstand haben, dagegen aufzustehen. Das kann sich eine Gesellschaft nur eine gewisse Zeit lang leisten, bis die uns übertragenen Werte aufgebraucht sind. Das gilt auch für die Kirchen, insbesondere die evangelische, die ihr Nichtstun nur noch mit einem undefinierbaren, unendlichen Liebesbrei begründet und damit alles nur noch schlimmer macht.

Ähnlich verhält es sich auch mit den sogenannten Flüchtlingen, die in aller Regel (nicht alle) überhaupt keine sind und zu 80 Prozent aus Männern bestehen, die ihre Familien im Stich liessen. Bei dieser grossen Anzahl weiterhin noch auf Integration zu setzen, ist doch absurd. Die Folgen werden immer offensichtlicher und gravierender. Und wer sich an der Zerstörung der natürlichen Familie beteiligt, wie es heute durchweg alle Parteien tun, trägt Mitschuld am heutigen Chaos. Was unsere Kinder jetzt quasi über Nacht ersetzen soll, macht alles noch schlimmer und wird sich rächen. Insbesondere unsere Frauen werden noch jahrzehntelang darunter leiden.

Früher waren Polizisten und Lehrer noch Respektpersonen, heute trifft das Gegenteil zu. Sie werden bespuckt und sogar körperlich attackiert. Ja, sie dürfen sich nicht mal wehren, weil die Politik, die das Ganze zu verantworten hat, sie einfach im Stich lässt, während diese es sich in ihren Berliner Büros aber gut gehen lassen. Wen wundert's da, wenn Leute auf die Strasse gehen und eine Kurskorrektur fordern. Die Antwort der Politik lautet: «Rechtsextrem, fundamental, Pack, Dödel, Rattenfänger und Rassisten». So schaut's heute aus. Das alles gab es früher definitiv nicht.

Was also sind die Gründe und Ursachen für diesen Wandel, und was kann ein Land jetzt noch dagegen tun? Mehr als ein «Wir schaffen das» hören wir nicht. Ich kann dieses billige Geschwätz ehrlich gesagt nicht mehr hören. «Schaffen» müssen es ohnehin die Bürger, während sich Frau Merkel mit den «armen» Flüchtlingen sogar auf Selfies verewigt und so ihren Wahlkampf macht.

Leid tun mir die vielen Polizisten, die während ihrer zahlreichen Einsätze körperlichen Schaden erleiden, wovon einige wohl ein Leben lang im Rollstuhl verbringen werden, nur weil Linke, Grüne, SPD und auch die CDU ihrer Verantwortung nicht nachkommen und diese lieber einfach auf die gesamte Gesellschaft verteilen. Weil das aber nicht lange funktionieren kann, blüht nun gerade der CDU der totale Abstieg. Letztere Partei sollte sich also nicht wundern, wenn die Korrektur in Richtung «rechts» nun begonnen hat und offensichtlich immer mehr an Fahrt gewinnt. Wesentlich schuld an der Entwicklung ist die von vielen unterschätzte zerstörerische, «dämonische» Gender-Ideologie, der die AfD als einzige Partei nun endlich den Kampf ansagte. Wer nicht hören will, muss fühlen.

Neben der Politik lasse ich auch die Gewerkschaft der Polizei mitlesen, denn «unsere» Polizisten trifft es am härtesten.

**Klaus Hildebrandt ist bekennender, streitbarer Katholik und seit langer Zeit Autor bei conservo**

Quelle: <https://conservo.wordpress.com/2016/09/15/migrantenkriminalitaet-viel-zu-geringe-strafen/>



## Studie: Fortschreitende Verdummung und Anstieg psychischer Krankheiten durch Chemikalien

*Doro Schreier; Netzfrauen; Do, 15 Sep 2016 15:33 UTC*

In einer neuen Studie fanden Forscher bei 90 Prozent der untersuchten Schwangeren einen wahren Chemie-Cocktail im Blut. Bis zu 62 verschiedenen Chemikalien auf einmal liessen sich teilweise nachweisen. Diese Chemikalien schädigen das Gehirn des Kindes bereits im Mutterleib. Blei, Quecksilber, Pestizide, Weichmacher, Flammschutzmittel mit polybromierten Biphenylen und Luftschadstoffe wie polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) sollen die Ursache dafür sein, dass immer mehr Kinder Verhaltens- und Entwicklungsstörungen aufweisen. Besonders Weichmacher wirken sich während der Schwangerschaft auf die Intelligenz von Kindern aus.

Kennen Sie die schwer abbaubare Chemikalie PFAS? In der neuen Studie, die wir heute veröffentlicht haben, werden die amerikanischen Bürger gewarnt, doch die Warnung sollte weltweit ausgesprochen werden. Diese Chemikalien, unter den Namen Polyfluoralkyl und Polyfluoralkyl-Substanzen bekannt, werden mit hohem Cholesterinspiegel, Fettleibigkeit, Hormonstörungen – und sogar Krebs – in Zusammenhang gebracht. Eine weitere Studie belegt, dass die Auswirkungen von PFAS die Wirksamkeit von Impfungen bei Kindern reduzieren könnten. Eine Gruppe von ungefähr 600 Jugendlichen von den Färöer-Inseln waren schon als Kleinkinder PFAS ausgesetzt gewesen und hatten wesentlich weniger Antikörper gegen Diphtherie und Tetanus, aber auch Masern und Grippe, gegen die sie geimpft worden waren.

Schon länger ist bekannt, dass diese Chemikalie gemieden werden sollte, sogar das Umweltamt sprach eine Warnung aus. **Typische Einsatzgebiete von PFAS: «Coffee to go» im beschichteten Pappbecher, Outdoor-Kleidung oder schmutzabweisender Teppich.** PFAS verleihen Artikeln wasserabweisende, fettabweisende und schmutzabweisende Eigenschaften. Entsprechend finden sie sich in **Lebensmittelverpackungen, Teppichen, Kleidungsstücken, Lederprodukten, Feuerlöschschaum.**

Die neue besorgniserregende Studie aus den USA indessen zeigt, dass 16,5 Millionen Amerikaner eine von **sechs Arten von PFAS in ihrem Trinkwasser** haben, die die von der EPA erlaubte Höchstmenge gerade erreichen oder sie überschreiten. Insgesamt fanden sich die höchsten Konzentrationen in Wassereinzugsgebieten in der Nähe von Industrieanlagen, Militärstützpunkten und Klärwerken. Doch obwohl auch in Europa die Tatsache bekannt ist, welche Schäden PFAS verursacht, ist die Ursachenbekämpfung gleich Null, obwohl auch hier die Menschen betroffen sind. Lesen Sie dazu: **Besorgniserregende neue Studie: Öffentliche Wasserversorgung ist für Millionen Amerikaner voller Gefahren – doch auch Sie sind betroffen.**

War Ihnen bekannt, dass die EU-Kommission die Grenzwerte für Blei, Barium, Antimon, Arsen und Quecksilber in Kinderspielzeug lockerte? Diese traten 2011 in Kraft. Deutschland hatte gegen diesen Beschluss gestimmt und anschliessend bei der Kommission beantragt, die nationalen Grenzwerte beibehalten zu dürfen. Was wir sehr begrüsst, denn unsere Obergrenzen bietet Kindern einen besseren Schutz als die europäischen Vorgaben. Doch im Januar 2014 entschieden die Richter in Luxemburg leider zugunsten der EU. Es ist doch echt zum Verzweifeln, allein schon, dass es Grenzwerte gibt.

**In Frankreich ist sie seit dem 1. Januar 2015 in allen Lebensmittelverpackungen verboten: Die Chemikalie Bisphenol A.** Während in den USA jetzt eine Überprüfung von Bisphenol A (BPA) angeordnet wurde, kam die EFSA am 21. Juli 2015 auf Grund einer umfassenden Neubewertung der Exposition gegenüber Bisphenol A (BPA) und dessen Toxizität zu dem Schluss, dass BPA bei der derzeitigen Verbraucherexposition für keine Altersgruppe ein Gesundheitsrisiko darstelle (einschliesslich ungeborener Kinder, Kleinkinder und Jugendlicher). Was hat die EFSA geprüft?

**Wenn Fakten schon mehrfach durch Studien belegt sind, warum werden keine Verbote ausgesprochen?**

Allergien, ADHS, Autismus, Autoimmunerkrankungen: In Europa ist bereits jedes dritte Kind chronisch krank. In den USA sind gesunde Kinder sogar schon in der Minderheit. Darüber haben wir Netzfrauen bereits mehrfach berichtet. Erst im Juni 2016 berichteten wir von der neuen Studie, dass Fett und Zucker das Hirn schrumpfen lassen.

Ungeborene Kinder haben ein Problem: Ihre Entgiftungssysteme sind noch nicht ausgereift. Seit einigen Jahren **gelangen immer mehr hormonähnliche Chemikalien – wie Plastik-Weichmacher und Flammschutzmittel – in die Umwelt.** Für winzige Föten eine echte Gefahr. Einhunderttausend unterschiedliche Chemikalien sind auf dem EU-Markt in Umlauf. Was können sie im Körper eines Fötus bewirken – einzeln oder in den Millionen denkbaren Kombinationen?

Es ist nicht das erste Mal, dass Wissenschaftler Alarm schlagen. 2014 forderten Neurowissenschaftler von der Universität von Süddänemark in Odense und der Harvard University dringende Änderungen in den Zulassungsbestimmungen und Umweltrichtlinien. In ihrer Studie belegen die Forscher eine **hirnschädigende Wirkung für elf Chemikalien, darunter Blei, Mangan, Quecksilber, Fluor- und Chlorverbindungen sowie mehrere Pestizide und Lösungsmittel**. Sie warnten vor einer globalen, stillen Pandemie der schleichenden Vergiftung von Kindern durch Umweltchemikalien. Denn die Folgen seien bereits messbar: Eine fortschreitende Verdummung und stetige Zunahme von Verhaltens- und Entwicklungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen.

Mehr als jedes zehnte Kind hatte 2014 bereits von Geburt an eine Entwicklungs- und Verhaltensstörung, wie Philippe Grandjean von der Universität von Süddänemark in Odense und Philip Landrigan von der Harvard University berichteten. Dazu gehören Autismus, geistige (Anm. bewusstseinsmässige) Defizite und Hyperaktivität, aber auch eine später auftretende erhöhte Aggression und andere Verhaltensauffälligkeiten. «Die Wurzeln dieser globalen Pandemie von neurologischen Entwicklungsstörungen sind bisher nur in Teilen verstanden», so die Forscher. Genetische Faktoren spielen zwar für einige der Erkrankungen eine Rolle, sie können aber nur 30 bis 40 Prozent der Fälle erklären. Es liege daher nahe, die Ursachen für den Rest in Umwelteinflüssen zu suchen. Die Studie wurde von den National Institutes of Health und National Institute for Environmental Health Sciences (ES09584, ES09797 und ES11687) finanziert.

Wir Netzfrauen fordern immer wieder: Hört auf, unsere Kinder krank zu machen! Seit Jahren bestätigen Studien von unterschiedlichen Wissenschaftlern aus aller Welt, dass Chemikalien wie Weichmacher, Quecksilber, aber auch Pestizide die Gesundheit unserer Kinder gefährden. In «Krank durch Chemikalien» haben wir bereits über viele der hier genannten Chemikalien und ihre gravierenden gesundheitlichen Folgen berichtet, die durch eine neue Studie bestätigt werden.

#### Wer ist für die Sicherheit von chemischen Stoffen verantwortlich?

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einigten sich 2006 auf eine neue Rechtsvorschrift zu Chemikalien: Die REACH-Verordnung. Ein Ziel dieser Verordnung bestand darin, Informationen zu allen in der EU verwendeten Chemikalien zu gewinnen, damit diese sicher verwendet werden können und damit die gefährlichsten von ihnen allmählich aus dem Verkehr gezogen werden.

Beispiele:

- Pflanzenschutzmittel

Die EU-Gesetzgebung regelt die Vermarktung und die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und deren Rückständen in Lebensmitteln.

- Gesetzgebung zu spezifischen Chemikalien

Beispiele: Düngemittel und Reinigungsmittel

#### Weichmacher: Verhaltensstörungen (ADHS) und geistige (Anm. bewusstseinsmässige) Defizite bei Kindern

Das grosse Forscherteam unter der Leitung von Frederica Perera von Columbia University und Susan Schanz von der University of Illinois bestätigen, dass Weichmacher Verhaltensstörungen und geistige (Anm. bewusstseinsmässige) Defizite bei Kindern fördern können. **Bisher jedoch sind nur einige Weichmacher in Kinderspielzeug oder Babyfläschchen verboten.** «Phtalate sind überall, sie finden sich in verschiedensten Produkten», sagt Susan Schanz von der University of Illinois. «Wir sind ihnen daher täglich ausgesetzt.»

#### InfoBox

EU-weit sind aber sechshundert Phtalate auf dem Markt!

Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) erwägt, die Verwendung und die Einfuhr von vier Phtalaten in Konsumartikeln komplett zu verbieten. Diese Kunststoffweichmacher gelten als höchst gesundheitsgefährdend, so die ECHA im März 2015 (!!). Die Europäische Chemikalienverordnung REACH soll ein hohes Schutzniveau für Mensch und Umwelt sicherstellen. Klingt beruhigend, dass wir und unsere Kinder geschützt werden sollen, doch sei uns erlaubt, zu fragen, warum höchst gesundheitsgefährdende Stoffe nicht gleich verboten werden?

Dazu ein aktuelles Beispiel: Wegen der endokrinen Wirkungen auf aquatische Organismen schlug Deutschland im Februar 2016 vor, die beiden in Kosmetika verwendeten UV-Filter 4-Methylbenzylidencamphor (4-MBC) und 3-Benzylidencamphor (3-BC) als besonders besorgniserregende Stoffe auf die REACH-Kandidatenliste aufzunehmen. Mit zwei Gegenstimmen votierte am 8.6.2016 der Ausschuss der Mitgliedstaaten für die Aufnahme von 3-BC. Den zweiten Vorschlag zog Deutschland zurück, weil die vorgelegte Bewertung die anwesenden Vertretenden nicht überzeugen konnte.

Da die Beschlüsse des Ausschusses der Mitgliedstaaten einstimmig sein müssen, wird die Entscheidung nun an die EU-Kommission überwiesen. Sie muss dem REACH-Regelungsausschuss einen Vorschlag zur Abstimmung vorlegen. Ebenfalls in diesem Ausschuss entschieden wird der dänisch/schwedische Vorschlag, Dicyclohexylphthalate (DCHP) auch wegen endokrin-schädlicher Wirkungen als besonders besorgniserregend zu identifizieren. Auch diesen Vorschlag unterstützen die Mitgliedstaaten nicht einstimmig. DCHP gehört zu den als Weichmacher in Kunststoffen verwendeten Phthalaten, für die schon verschiedene Vertreter nach REACH geregelt sind. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite des Umweltbundesamtes.

Quecksilber:

Wir hatten erst kürzlich darüber berichtet, dass sich im Januar 2013 Delegierte aus über 140 Staaten in Genf auf den Inhalt einer Quecksilber-Konvention einigten. Der Inhalt des Übereinkommens: Gemäss dem beschlossenen Vertragstext soll es ab 2020 verboten sein, quecksilberhaltige Produkte wie Batterien, Thermometer und bestimmte Leuchtmittel herzustellen oder mit ihnen zu handeln. Quecksilber als Konservierungsmittel in Impfdosen bleibt mangels Alternativen weiterhin erlaubt. Siehe: Impfen ja oder nein? Wer hat Recht und wie kann ich das beurteilen?

### **Dumm durch Chemikalien – Umweltgifte schädigen die Gehirne von Ungeborenen**

Eine neue Studie bestätigt die pränatal hirnschädigende Wirkung von Chemikalien, die in unserem Alltag bisher weit verbreitet sind. Als potenziell gefährlich listen die Forscher ebenfalls die Schwermetalle Blei und Quecksilber auf, aber auch organophosphate Pestizide, Weichmacher, Flammenschutzmittel mit polybromierten Biphenylen und Luftschadstoffe wie polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK).

«Überwältigende wissenschaftliche Belege existieren dafür, dass die frühe Belastung mit solchen neurotoxischen Chemikalien zu einer ganzen Reihe von Entwicklungsstörungen bei Kindern beiträgt», sagt Frederica Perera von der Columbia University in New York. Im Mutterleib finde der wichtigste Teil der Hirnentwicklung statt. «Wenn man diesen Prozess stört, kann das dauerhafte Folgen haben.»

Neue Studie belegt, dass **Weichmacher Verhaltensstörungen und geistige (Anm. bewusstseinsmässige) Defizite bei Kindern fördern können.** «Wirkungen umfassen die **Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung (ADHS) sowie Aggression, Depressionen und andere Störungen der emotionalen Regulation**», erklären die Forscher. «Zudem wird die pränatale Belastung mit Phthalaten mit Defiziten im IQ von Kindern, dem Arbeitsgedächtnis und dem Denken in Verbindung gebracht.»

Die ursprünglich als Ersatz gedachten polybromierten Biphenyle sind aber kaum besser, wie die Forscher berichten: **Sie stören die Produktion von Schilddrüsenhormonen, die beim Ungeborenen entscheidend an der Hirnentwicklung beteiligt sind – mit entsprechenden Folgen:** «Studien zeigen, dass einige Biphenyle bei Kindern wichtige Hirnleistungen für das Denken und den schulischen Erfolg stören», berichten die Wissenschaftler. Pestizide mit Organophosphaten als Wirkstoff hemmen dagegen die Funktion des Neuroenzym Acetylcholin-Esterase. Eine pränatale Belastung kann Studien zufolge Entwicklungs- und Bewegungsstörungen bei Kindern verursachen, den IQ senken und ebenfalls ADHS fördern. Quelle: scinexx

Die Wissenschaftler fordern, für die Zulassung solcher Chemikalien strengere Regelungen zu treffen und schon bei Verdacht auf eine pränatal hirnschädigende Wirkung zu handeln und ein Verbot auszusprechen. «Wir können nicht jedes Mal zehn oder 15 Jahre warten, bis wir ganz sicher sind – und in der Zwischenzeit unzählige Kinder der Belastung aussetzen», so Schantz.

Dass diese Chemikalien auch in Deutschland verbreitet sind, bestätigte Maria Krautzberger, Präsidentin des Umweltbundesamtes am 18.4.2016: «Die «klassischen» Chemikalien wie Blei, Quecksilber, Cadmium, DDT und Polychlorierte Biphenyle, PCB, sind in Deutschland ganz massgeblich zurückgegangen. Sorgen bereiten uns heute aber unter anderem die hohen Belastungen von Kindern mit bestimmten Weichmachern, die in grossem Umfang in der Kunststoffherstellung Verwendung finden und mit häufig wenig untersuchten Stoffen, die als Ersatzstoffe für mittlerweile verbotene Stoffe eingesetzt werden.»

### **Sources/Quellen**

- Children's Environmental Health Research Center at Illinois; <http://ikids.beckman.illinois.edu>
- Report: A host of common chemicals endanger child brain development <https://news.illinois.edu/blog/view/6367/37916>
- Project TENDR <http://projecttendr.com>
- The journal Environmental Health Perspectives <http://ehp.niehs.nih.gov/EHP358/>

Quelle: <https://de.sott.net/article/26132-Studie-Fortschreitende-Verdummung-und-Anstieg-psychischer-Krankheiten-durch-Chemikalien>

## Das menschliche Gehirn ist nicht für Multitasking gemacht

15. September 2016; aikos 2309

Allgemein wird davon ausgegangen, dass Frauen – und insbesondere Mütter – Multitasking besonders gut beherrschen, während das männliche Geschlecht bei zu vielen Aufgaben auf einmal eher überfordert ist.

Eine Studie schwedischer Forscher zeigt nun aber: Das menschliche Gehirn kann immer nur mit einem Sinnesorgan Höchstleistungen vollbringen. Oder anders ausgedrückt: Wer besonders konzentriert irgendwo hinschaut, hört währenddessen schlechter als normal. Umgekehrt gilt dann dasselbe: Wenn die Ohren maximale Leistung erbringen, schalten die Augen in den Ruhemodus. Die Forscher erklären sich diese Beobachtung mit einem Filter im Gehirn, der uns vor einer Überlastung schützen soll. Das Hirn entscheidet daher, welches Sinnesorgan gerade am dringendsten gebraucht wird und konzentriert darauf dann die meiste Aktivität.

Herausgefunden haben dies Forscher der «Universität Linköping» in einer Studie mit 32 Probanden. Diese bekamen unter anderem auf einem Bildschirm verschiedene Buchstaben eingeblendet und sollten sich diese merken. Die eine Hälfte der Gruppe arbeitete dabei in ruhiger Atmosphäre, während die andere Hälfte durch massive Hintergrundgeräusche gestört wurde. Während der Übung wurden dann die Hirnaktivitäten der Teilnehmer mit Hilfe einer funktionellen Magnetresonanztomografie gemessen.

Das Ergebnis: Je schwieriger die visuelle Aufgabe wurde, desto geringer wurde die Aktivität im Hörzentrum des Gehirns. Interessante Nebenbeobachtung dabei: Bei einer erhöhten kognitiven Beanspruchung kommt es auch zu Einschränkungen in dem Teil des Hirns, wo unsere Emotionen gesteuert werden.

Die Ergebnisse der Studie bestätigen damit insgesamt die Erkenntnis, dass Telefonieren während des Autofahrens die Fahrleistung verschlechtert – und zwar unabhängig davon, ob eine Freisprechanlage genutzt wird oder nicht. Sie lassen sich aber auch auf viele andere Situationen des Alltags übertragen.

So schliessen beispielsweise viele Menschen die Augen, wenn sie besonders angestrengt lauschen – und zwar wie die Studie beweist durchaus sinnvollerweise.

Die Ergebnisse der schwedischen Forscher könnten zukünftig aber auch ganz praktische Anwendung finden – beispielsweise bei der Entwicklung neuer Hörgeräte oder bei der Wissensvermittlung an Hörgeschädigte.

Quelle: <http://www.pravda-tv.com/2016/09/das-menschliche-gehirn-ist-nicht-fuer-multitasking-gemacht/>

## Jeder fünfte Top-Manager ist ein Psychopath – Australische Studie

Sputnik; Mi, 14 Sep 2016 14:03 UTC

Laut einer australischen Studie ist jeder fünfte Top-Manager ein Psychopath, wie der Sender «ABC» berichtet. Demnach sitzen in den Vorstandsetagen internationaler Konzerne ebenso viele Geisteskranke (Anm. Bewusstseinskranke resp. Bewusstseinsgestörte) wie in den Gefängnissen.

Die australischen Forscher haben laut dem Nachrichtenportal die Profile von 261 Konzernchefs untersucht und dabei herausgefunden, dass 21 Prozent der Manager Indizien für ausserordentlich stark ausgeprägte Züge von Psychopathie aufweisen. Solche Merkmale sind unter anderem Unfähigkeit zur Empathie, Oberflächlichkeit und Unehrlichkeit. Ähnliche Ergebnisse habe es auch bei einer Untersuchung von Strafgefangenen gegeben, sagen die Autoren der Studie. Die Wissenschaftler betonen, dass die ermittelte Psycho-Quote wesentlich höher sei, als sie es erwartet hätten.

«Erfolgreiche Psychopathen» seien seit der Weltfinanzkrise eine weitverbreitete Erscheinung, betont einer der Studienautoren: «Allzu häufig interessieren sich die Unternehmen für die Kompetenzen der Bewerber und vernachlässigen dabei ihre Charaktereigenschaften», sagte Nathan Brooks, Gerichtspsychologe von der Bond University. Dabei können kompetente Psychos durchaus gefährlich werden: «In der Regel stiften sie viel Chaos und spielen die Menschen gegeneinander aus», erläutert Brooks. Äusserlich würden solche Menschen sehr angenehm wirken, sie neigen jedoch zu unmoralischem Verhalten und gar Straftaten.

Die Untersuchungsergebnisse wurden am Mittwoch, 13. September, auf der jährlichen Konferenz australischer Psychologen in Melbourne im Süden des Landes vorgestellt. Die Autoren der Studie haben auf der Konferenz zudem eine neue Methode vorgestellt, mit der potentielle Psychopathen unter den Bewerbern erkannt werden können.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26104-Jeder-funfte-Top-Manager-ist-ein-Psychopath-Australische-Studie>



## Scharfe Kritik an Merkel: Kanzlerin hält Millionen Deutsche absichtlich in Armut

*Epoch Times 14. September 2016 Aktualisiert: 14. September 2016 10:36*

«Mutti»-Merkel erntet scharfe Kritik, sie lasse die Deutschen absichtlich verarmen «Die Gesellschaft braucht Armut als Abschreckung», meint ein Experte.



*Bundeskanslerin Angela Merkel Foto: AFP/Getty Images*

Die deutsche Wirtschaft läuft gut. Zuletzt verzeichnete der Staat einen Milliarden-Überschuss. Trotzdem leben in Deutschland etwa 12,5 Millionen Menschen in Armut. Die Bundesregierung unternimmt nur wenig um die Situation zu ändern.

«Die Bundesregierung hat die Armut in Deutschland nicht ausreichend bekämpft, denn trotz des starken wirtschaftlichen Aufschwungs ist die relative Einkommensarmut angewachsen», kritisierte Wirtschaftsexperte Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung gegenüber der «Huffington Post».

Durch ihre Steuerpolitik halte die Kanzlerin die Menschen arm. Merkels Massnahmen, wie eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, treffe wieder nur die Armen. Gleichzeitig hätte die Absenkung der Kapitalertragssteuer den Reichen genutzt, sagt der Kölner Politik-Professor Christoph Butterwege zu «T-Online».

Der Experte wird sogar noch deutlicher und sagt: «Die Gesellschaft braucht Armut als Abschreckung.» Dadurch entstehe eine Drohkulisse, die die Leistungsgesellschaft zusammenhalte. (so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/scharfe-kritik-an-merkel-kanzlerin-haelt-millions-deutsche-absichtlich-in-armut-a1934298.html>

## Militär: Europäische Union plant eigene Verteidigungsstatuten jenseits der NATO

*Von Christian Lehmann; Veröffentlichungsdatum: 14.09.2016, 22:11*

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GVSP) innerhalb der Europäischen Union (EU) will weitere Schritte durchführen, um sich von der NATO unabhängig zu machen. Die Hohe Vertreterin der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, sprach sogar von einer eigenständigen «EU-Armee» als langfristiges Projekt.

Anfang des Jahres machte der inzwischen pensionierte US-General Philip M. Breedlove, der oberste Befehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), noch mit Phantasien von der «russischen Gefahr» Druck, um die Existenzberechtigung der NATO aufrechtzuerhalten. Die NATO wurde 1949 als transatlantisches Verteidigungsbündnis gegründet, um sich vor einer möglichen Invasion der Sowjetunion zu schützen. Die Angst vor der «Roten Gefahr» war bis zum Ende des Kalten Krieges omnipräsent. Doch bereits während des Kalten Krieges gab es innereuropäische Bestrebungen, eine eigene Verteidigungspolitik losgelöst von den USA zu betreiben.

Als erstes wäre hier die Westeuropäische Union (WEU) zu nennen, die man ein Jahr vor der NATO-Gründung ins Leben gerufen hatte und die im Juni 2011 aufgelöst wurde. Es handelte sich hierbei um einen kollektiven militärischen Beistandspakt, der 1954 von den Staaten Frankreich, Grossbritannien, Belgien, den Niederlanden, Deutschland und Italien offiziell gegründet wurde – ein Jahr bevor die Deutsche Bundeswehr ihren Betrieb aufnahm. Anders als die NATO hatte die WEU keine festen Strukturen und sah sich mehr in der Beraterfunktion beim NATO-Oberkommando.

Der Grund für die Auflösung der WEU, die an und für sich nur an Friedensmissionen beteiligt war, war die zunehmende Rolle der EU in der Sicherheitsarchitektur Europas. Hier ist die GVSP als ein Bestandteil der gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) zu nennen, die allerdings seit 2011 wenig Schritte unternommen hat, um sich von der NATO loszulösen. Neben der GVSP existieren noch weitere Institutionen auf

EU-Ebene, die sich mit dem Thema Sicherheit und Verteidigung beschäftigen. Zu nennen wäre hier der Militärausschuss der EU, die Europäische Verteidigungsagentur, das Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien und der Militärstab der EU.

Bislang spielen alle diese Einrichtungen noch keine überragende Rolle in der Sicherheitsarchitektur Europas, weil hier bislang die NATO und auch die OSZE eine übergeordnete Rolle spielen. Nun sollen aber Schritte geschaffen werden, die losgelöst von den NATO-Strukturen eine eigenständige Strategie verfolgt. Eine tragende Rolle in diesem Vorhaben soll den Ländern Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Polen zukommen, die effiziente militärische Strukturen schaffen sollen. Bislang hat die EU eine kleine Armee von 1500 Mann, die allerdings noch nicht kampferprobt ist. Die «EU-Armee» soll nun schrittweise vergrößert werden, wobei Investitionsprojekte innerhalb der EU das Wachsen einer EU-Verteidigungsstruktur und Sicherheitsarchitektur fördern sollen. Weitere Schritte sollen nun auf einem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 16. September in Bratislava erörtert werden, wie das Portal Strategic Culture berichtet.

Letztlich will sich die EU in Sachen Militär und Verteidigung von den USA lösen, die bislang mit dem SACEUR in der NATO die militärischen Belange innerhalb Europas und der EU am stärksten beeinflusst haben. Auch die Tendenz zum «Nein» für das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP lässt die Vermutung zu, dass die Brüsseler Spitzen auf lange Sicht den Einfluss der USA auf die EU schmälern wollen. Für das Verhältnis zu Russland wären Fortschritte in dieser Sache wünschenswert, denn erst vor kurzem betonte Putin, dass die EU und Russland Freunde seien und die Gefahr für den Frieden von der NATO ausgehe. Die Russische Föderation und die EU führten bislang in der Republik Tschad in Zentralafrika eine gemeinsame Operation durch. Auch US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump sprach sich im Falle seiner Wahl dafür aus, dass die EU eine selbstständige Verteidigungspolitik führen solle und sich Amerika weiter zurückziehe.

Quelle: <http://de.news-front.info/2016/09/14/militar-europaische-union-plant-eigene-verteidigungsstatuten-jenseits-der-nato-von-christian-lehmann/>

## Flüchtlingshelferin: «Nein, Frau Merkel, wir schaffen es nicht»

*Epoch Times 13. September 2016 Aktualisiert: 13. September 2016 14:01*

Katja Schneidt hat 17 Jahre lang als Flüchtlingshelferin gearbeitet. In ihrem neuen Buch zieht sie eine ernüchternde Bilanz über die Flüchtlingskrise in Deutschland. «Wir schaffen es nicht», heisst das neue Buch der Bestsellerautorin, in dem sie ihre Erlebnisse bei der Flüchtlingsarbeit beschreibt.

«Nein, Frau Merkel, wir schaffen es nicht», schreibt die deutsche Bestsellerautorin Katja Schneidt in ihrem neuen Buch. Schneidt ist seit 1999 ehrenamtlich als Flüchtlingshelferin in Deutschland tätig.

Die Autorin zieht in ihrem neu erschienen Buch: «Wir schaffen es nicht» eine ernüchternde Bilanz über die Flüchtlingskrise und widerspricht dem Leitspruch von Bundeskanzlerin Angela Merkel, der lautet: «Wir schaffen das.» Die Erlebnisse, die Schneidt in der jahrelangen Flüchtlingsarbeit sammeln durfte, schrieb die 45-Jährige jetzt in ihrem neuen Buch nieder. Dort dokumentiert sie die Enttäuschungen, die sie wegen der Erwartungshaltung vieler Flüchtlinge erlebte und die schlechte Integrationspolitik Deutschlands.

### Die Euphorie ist verflogen

Katja Schneidt hat jahrelang in Hessen ehrenamtlich Flüchtlinge unterstützt. Sie hat die Menschen zu Behörden gängen begleitet und ihnen Deutschkurse gegeben. Die Autorin war mittendrin, statt nur dabei und kann gut beurteilen, wie es um die Integration der Asylsuchenden bestellt ist. Bei ihrer Arbeit musste sie feststellen, wie überfordert Politik, Verwaltung und Behörden wirklich sind.

«Die Euphorie zu Beginn der Flüchtlingswelle ist verflogen», schreibt sie in ihrem Buch. Viele Flüchtlinge hätten kein Verständnis für die westliche Kultur. Ausserdem führe das monatelange Ausharren in Flüchtlingsheimen zu gesellschaftlicher Isolation, Gewalt und Frustration, so die Autorin.

Auch ein Heer an freiwilligen Helfern könne eine durchdachte, organisierte Integrationspolitik nur unzureichend ersetzen. Vor allem der Mangel an Wohnungen und Arbeitsplätzen für Flüchtlinge sei ein grosses Problem.

Damit Flüchtlinge in der neuen Heimat ankommen und auch die Gesellschaft von den neuen Bürgern profitiert, müsse sich einiges ändern. Dies passiere zurzeit in Deutschland aber nicht, so Schneidt. Ein Jahr nach Kanzlerin Angela Merkels Entscheidung, Hunderttausende Flüchtlinge und Migranten ins Land zu lassen, habe Deutschland mit teilweise dramatischen Folgen der «Wir schaffen das»-Politik der Kanzlerin zu kämpfen, schreibt die Flüchtlingshelferin in ihrem Buch. (so)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/fluechtlingshelferin-nein-frau-merkel-wir-schaffen-es-nicht-a1933933.html>

## Freie Fahrt für Grapscher

*Veröffentlicht am 13. September 2016 von SoundOffice, September 13, 2016*

Die Justiz, also Rechtspflege, ist hauptsächlich durch die Tätigkeit aller Gerichtszweige damit beauftragt, dem Schutz und der Durchsetzung von Recht, der Abwehr und Ahndung von Unrecht zu dienen. Nach dem Grundgesetz Art. 3, sind alle Menschen vor dem Gesetz als gleich zu betrachten. Das bedeutet, nur die zu würdigende Straftat zählt bei der Festlegung einer Bestrafung des Delinquenten, sonst nichts. Doch in Deutschland scheint das leider keine Geltung mehr zu haben. Nicht nur, dass Staatsanwaltschaft und Gerichtsbarkeit die fortlaufenden Rechtsbrüche der Bundesregierung ignoriert, nicht verfolgt und entsprechende Klagen abweist, sondern vor allem scheinen die Gesetze nicht mehr zu gelten, wenn Einheimische das Opfer fremdstämmiger Straftäter geworden sind.

Besonders ausländische Sex-Straftäter dürfen sich offensichtlich vielfach ungestraft an Frauen und Kindern vergehen und freuen sich über Freispruch, geringe Bewährungsstrafen oder laxen Arbeitsstunden, sollten sie überhaupt je einen Gerichtssaal von innen sehen. Auch eine Ausweisung haben kriminelle Asylbewerber, Invasoren oder Immigranten nicht zu befürchten. Die Opfer werden zusätzlich verhöhnt, indem man ihnen entweder nicht glaubt, die Tat relativiert und ihnen Eigenschuld oder Rassismus unterstellt. Ein aktueller Fall dieser Tage zeigt wie verwerflich, moralisch verkommen und korrupt ein BRD-Gericht ausländische Straftäter zu Lasten einheimischer Bürger und deren Kinder schützt und ungestraft davonkommen lässt.

Kurz zum Sachverhalt: Mehrere Kinder, die in einem Offenburger Schwimmbad alberten und spielten, wurden von einem 30-jährigen, fremdstämmigen Mann sexuell angegangen. Er soll den Mädchen an Gesäss und Oberschenkel gefasst haben. Überdies zerrte er bei einem Mädchen am Bikinioberteil, um die Brust zu entblößen und versuchte der 11-Jährigen in den Schritt zu greifen. Der Begleiter des Beschuldigten habe dabei zusehend, sichtbar eine Erektion gehabt. Die Offenburger Staatsanwaltschaft stellte das gegen den Beschuldigten eingeleitete Verfahren ein und argumentierte dazu in unfassbar haarsträubender Weise, wie es verachtender, entwürdigender und erniedrigender kaum noch möglich ist.

Die Staatsanwaltschaft sieht hier keine Verfehlung, weil die Kontakte zu kurz oder flüchtig gewesen und aus dem Spielgeschehen heraus erfolgt seien. Dass die Kinder an der nackten Haut begripscht resp. berührt wurden, daraus könne nicht zwingend eine Sexualbezogenheit geschlossen werden. Kinder seien im Schwimmbad naturgemäss nur gering bekleidet, so habe der Beschuldigte keine Körperstellen freilegen müssen, obwohl er, vermutlich von kranker Lust beflügelt, dem Mädchen die Brust entblösste, indem er an ihrem Bikinioberteil herum gezottelt hat und ihr in den Schritt greifen wollte.

Doch darin sieht die Staatsanwaltschaft keine sexuelle Handlung, weil das Teil des «Herumalberns» gewesen sei. Es ist schon eigentümlich, sich als 30-jähriger Mann zum Albern an Kinder heranzumachen, ihr Vertrauen auszunützen, um an ihnen herumzufummeln. Abschliessend befand die Staatsanwaltschaft, mit dem Herumalbern hätten die Kinder dazu animiert, berührt zu werden. «Mama, das sieht ja jetzt so aus, als ob wir die Schuldigen wären» soll eines der Mädchen geäussert haben, während die fassungslose Mutter zusammen mit den Kindern das Urteil gelesen hatte.

Die von Beobachtern berechtigt aufgeworfene Vermutung, ein nicht fremdstämmiger Mann würde hier die volle Kanne der anzuwendenden Gesetze über sich ausgegossen bekommen, ist aufgrund weiterer, sehr milder Urteile in ähnlichen, zahlreichen Fällen nicht abzuweisen. Hier zeigt dieses verbrecherische System, das seine eigenen Gesetze missachtet, was ihm unsere Kinder wert sind. Aber vielleicht wollte der «Richter» in seinem ideologischen Wahn nicht als Rassist gelten. Oder war Willkür, gar Korruption im Spiel, denn wie sonst lässt sich diese schändliche Art der Rechtsbeugung erklären? Hier hat das Gericht, zumindest symbolisch, auch seine Pfoten nach dem Mädchen ausgestreckt, und die betroffene Mutter des Mädchens fragt mit Anspruch nach der Signalwirkung dieses zweifelhaften, fragwürdigen Urteils, das noch nicht mal einen Tadel für den Täter bereithielt.

Unsere Frauen und Kinder wurden als Freiwild für die drängenden Lustbedürfnisse fremdstämmiger Straftäter freigegeben. Sich als BRD-Personaler an ein Deutsches Gericht zu wenden, ist weitgehend als zwecklos zu erachten, denn sie arbeiten gegen uns. Das ist Teil der Vernichtungspolitik gegen unser Volk. Die BRD-Regierung fördert die Vernichtung der weissen Bevölkerung in Deutschland mit der von ihr gewollt zugelassenen, illegalen Masseneinwanderung, meist muslimischer Nichtweisser, die in der BRD bevorzugt behandelt werden und mittels angewandtem Zwang in weissen Wohngebieten angesiedelt werden, während ansässige Deutsche von der Regierung systematisch geschädigt, ausgeplündert, belogen und beleidigt werden.

Man kann sich nur noch sarkastisch darüber äussern. Deshalb schliesse ich an der Stelle mit einem bezeichnenden Bibeltext aus Psalm 82, Vers 2–3, den ich hiermit an die BRD-Regierung ausspreche: «Wie lange wollt ihr

Unrecht richten und die Person der Gottlosen vorziehen? Schaffet Recht dem Armen und dem Waisen, helfet dem Elenden und Dürftigen zum Recht.» Gott mit uns.

Die Quellenverweise:

<https://philosophia-perennis.com/2016/09/09/staatsanwaltschaft-baden/>

<http://journalistenwatch.com/cms/alles-einzelfaelle-alarmierende-momentaufnahme-aus-dem-neuen-deutschland-der-taegliche-wahn-extra/>

Quelle: <http://krisenfrei.de/freie-fahrt-fuer-grapscher/>

## **«Deutschland eins der sichersten Länder» – AfD-Politiker bietet NRW-Innenminister Führung durch «No-go-Areas» an**

*Posted on September 12, 2016 10:27 pm by jolu; Von Rosemarie Frühauf 12. September 2016*

*Aktualisiert: 12. September 2016 19:00*

NRW-Innenminister Ralf Jäger hat Deutschland in einem Interview als eines der sichersten Länder der Welt bezeichnet und Kritik geerntet: Ein AfD-Politiker lud Jäger zu einer Führung durch die «No-go-Areas» der NRW-Grossstädte ein – bei Einbruch der Dunkelheit und ohne Personenschutz.

Die Tageszeitung «Welt» interviewte den nordrhein-westfälischen Innenminister Ralf Jäger (SPD) am Freitag zum Wahlerfolg der AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei kam das Thema auf die Innere Sicherheit.

«Wir können der AfD nur das Wasser abgraben, wenn wir deutlich machen, dass ihre Zustandsbeschreibung falsch ist», so Jäger. «In Deutschland herrschen schliesslich keine apokalyptischen Zustände.» Er warf der AfD vor: «Da wird die Wirklichkeit verzerrt. Wir leben in einem der sichersten Länder der Welt.»

Dass Wähler sich von ihrem Sicherheitsgefühl beeinflussen lassen, versteht Jäger: «Kaum etwas beeinflusst den Alltag der Menschen so sehr wie ihr Sicherheitsgefühl. Deshalb war das Thema Innere Sicherheit immer ein Wahlkampfthema und wird es auch in Zukunft bleiben», so der Innenminister.

«Da wird die Wirklichkeit verzerrt. Wir leben in einem der sichersten Länder der Welt.» NRW-Innenminister Jäger.

Zur Migrationskrise sagte er: «Mir ist es aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass die höheren Flüchtlingszahlen nicht dazu geführt haben, dass Deutschland unsicherer geworden ist. Unsere Zahlen zeigen, dass 1,4 Prozent der Flüchtlinge in den Landeseinrichtungen straffällig werden. Und damit deutlich weniger als in der übrigen Gesellschaft.»

Der AfD warf er vor, «eine Sprache» zu sprechen «die Neo-Nazis verstehen»: «Ihren Wählern ist es egal, ob die AfD sich in ausreichendem Masse von Rechtsextremen abgrenzt.» Trotzdem gab er zu, dass eine aktive Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei der AfD «derzeit nicht erkennbar» sei.

### **Verunglimpfung demokratisch denkender Bürger**

Jürgen Antoni, der innenpolitische Sprecher der NRW-AfD, bezeichnete Jägers Interview als «Verunglimpfung demokratisch denkender und wählender Bürger». Besonders störte ihn Jägers Darstellung, Deutschland sei eines der sichersten Länder der Welt: «Da hat er insofern recht, wenn er Deutschland in Sicherheitsfragen mit Mittel- und Lateinamerika vergleicht. In Nordrhein-Westfalen aber haben die rot-grüne Landesregierung und Innenminister Jäger auf ganzer Linie versagt.»

Beleg dafür seien steigende Einbruchszahlen bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote, massiver Anstieg der organisierten Kriminalität, sexuelle Übergriffe von Asylbewerbern sowie Raub und Taschendiebstähle.

«No-Go-Areas und Angsträume sprechen ihre eigene Sprache. Die Behauptung, es gebe in NRW keine No-Go-Areas, ist schlichtweg falsch. Erst in dieser Woche wurden in Dortmund Polizisten massiv angegriffen. Wie soll sich da erst der schutzlose Bürger fühlen?», so Antoni laut «NRW.direkt».

Er bot der NRW-Ministerpräsidentin und ihrem Innenminister folgendes an: «Ich biete Frau Kraft und Herrn Jäger eine Führung in unseren Grossstädten an, bei Einbruch der Dunkelheit, beispielsweise in Duisburg-Marxloh, in Köln oder Düsseldorfer Stadtteilen, in der Dortmunder Nordstadt oder in anderen Teilen des Ruhrgebiets. Allerdings ohne ihren Tross an Personenschützern. Einfach mal dort hingehen, wo die Angst der Menschen ist, statt diese aus der gepanzerten Dienstlimousine heraus ständig in Abrede zu stellen.»

Jürgen Antoni, AfD NRW

**Zur Person:**

Der 52-jährige Jürgen Antoni ist Kriminaloberkommissar, Mitglied der Gewerkschaft der Polizei und sass von 2009–



2010 für die SPD im Landtag. 2014 trat er in die AfD ein und kandidierte auf deren 2. Bundesparteitag als stellvertretender Sprecher bzw. Beisitzer des Bundesvorstands, so Wikipedia.

<http://www.epochtimes.de> bzw. <https://wahrheitfuerdeutschland.de/deutschland-eins-der-sichersten-laender-afd-politiker-bietet-nwr-innenminister-fuehrung-durch-no-go-areas-an/>

## Scheinasylanten: Asylanten machen Urlaub, wo sie angeblich verfolgt werden

By Angelika on 11. September 2016

Asylanten melden sich hierzulande ab, um für kurze Zeit ausgerechnet in das Land zu reisen, aus dem sie geflüchtet sind. Dies könnte ein Indiz sein, dass keine Verfolgung vorliegt.

Asylberechtigte kehren zu Urlaubszwecken vorübergehend in jenes Land zurück, aus dem sie offiziell geflüchtet sind. Das ergaben Recherchen der *«Welt am Sonntag»*. Die Zeitung erfuhr von anerkannten Asylbewerbern, die arbeitslos gemeldet sind und für kurze Zeit in Länder wie Syrien, Afghanistan oder den Libanon reisten. Anschließend kommen sie wieder nach Deutschland.

Demnach hat es entsprechende Vorfälle in Berliner Arbeitsagenturen gegeben. Personen, die mit den Vorgängen vertraut sind, gehen aber davon aus, dass dies auch in anderen Regionen in Deutschland passiert.

Eine Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit bestätigte: «Es gibt solche Fälle.» Offizielle Erhebungen lägen dazu aber nicht vor. «Wir führen keine Auswertung oder Statistik zu diesem Thema, daher liegen uns keine Informationen vor.» Dem Vernehmen nach bemühen sich Bundesagentur und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) derzeit darum, sich einen Überblick zu verschaffen.

### Der Datenschutz verhindert die Weitergabe der Infos

Generell gilt: Hartz-IV-Empfänger haben Anspruch auf 21 Tage Ortsabwesenheit pro Jahr, ohne dass die Bezüge gesenkt werden. Ein solcher Urlaub wird im Regelfall genehmigt. Eine Pflicht, den Urlaubsort gegenüber dem Staat anzugeben, besteht bislang nicht.

Ein Leistungsempfänger müsse «die Ortsabwesenheit mitteilen, die voraussichtliche Dauer, nicht aber, wohin es genau geht», erklärte die Bundesagentur. «Es gibt auch keine gesetzliche Grundlage, diese Informationen von ihm einzufordern.»

Sollte ein Betreuer im Jobcenter im Laufe eines Gesprächs durch gezielte Nachfrage von einer Reise etwa nach Syrien erfahren, «dürfte er diese Information aufgrund des Datenschutzes nicht weitergeben, auch nicht an andere Behörden wie zum Beispiel die Ausländerbehörde», so eine Sprecherin der Bundesagentur.

### Urlaub kann Indiz sein, dass keine Verfolgung vorliegt

Die *«Welt am Sonntag»* erfuhr allerdings, dass das BAMF bereits im Juni Arbeitsagenturen in der Hauptstadt schriftlich aufforderte, Reisen von Asylberechtigten in Heimatländer der zuständigen Ausländerbehörde zu melden.

Das Bundesinnenministerium weist auf europäische Regeln hin, wonach Reisen in den sogenannten Verfolgerstaat nach einer Einzelfallprüfung zur Aberkennung des Schutzstatus führen können. Quelle: welt

Quelle: <http://www.denken-macht-frei.info/23226-2/>

## Pathologische Projektion: «USA werfen anderen genau das vor, was sie selbst tun»

Sputnik; Fr, 09 Sep 2016 13:44 UTC

Der leitende Mitarbeiter der US-Denkfabrik *«Cato Institute»* Ted Galen Carpenter hat in einem Beitrag für die US-Zeitschrift *«The National Interest»* die Scheinhelligkeit der US-Militärs kritisiert, die sie angesichts der militärischen Aktivitäten anderer Länder an den Tag legen.

Die USA werfen Russland und anderen Ländern Provokationen vor, obwohl es ihre Aktivitäten seien, die als provokativ bezeichnet werden können, ist sich Galen Carpenter sicher. Zu oft sei dieses Thema aufgetaucht, schreibt der Verfasser des Artikels: Es werde angenommen, dass alle US-Militäraktionen in der Weltarena nicht nur annehmbar seien — sie dürften auch keinerlei Kritik unterzogen werden.

Bereits während des Krieges in Bosnien hätten die Vereinigten Staaten es für richtig gehalten, eine Flugverbotszone zu erklären. Ähnliche Einschränkungen hätten sie auch im Irak eingeführt. Wenn sich die Staatsführungen

dieser Länder aber diesen Einschränkungen widersetzt hätten, «wären es gerade sie gewesen, die die Krise eskaliert hätten», so Carpenter.

Dieselbe Logik werde auch heutzutage eingesetzt. «Die amerikanischen Falken halten Russlands Intervention in Syrien für unerhört, obwohl es nur knapp tausend Kilometer von der südlichen Grenze Russlands entfernt ist und die regierende Familie Assad seit Jahrzehnten politische Kunden von Russland gewesen sind.» Alle US-Medien sähen die militärische Einmischung Russlands als höchst unrechtmässig, während die Einmischung der USA in dem 10 000 Kilometer entfernten Land «nicht nur annehmbar, sondern auch unvermeidlich» erscheine.

Washington habe sich mehrmals beklagt, russische Flugzeuge oder Militärschiffe hätten seine Schiffe im Schwarzen Meer sowie an der Ostsee bedrängt. Dabei sei man sich dessen nicht bewusst, dass Moskau gute Gründe habe, die US-Militäroperationen nahe Russlands Grenzen als Sicherheitsbedrohung wahrzunehmen.

Die USA wollten ihre Militäraktionen selbst in der unmittelbaren Nähe der anderen Grossmächte nicht als provokativ einschätzen. Die Patrouillen der US-Kriegsmarine im südchinesischen Meer, das einige Tausende Kilometer von Amerika entfernt sei, würden als ganz normal gesehen, obwohl China vehement gegen diese protestiere. Die chinesischen Marine- und Luftwaffenoperationen, die als Gegenreaktion unternommen würden, würden «gefährlich, provokativ und unannehmbar» genannt.

«Wie würden die Vereinigten Staaten reagieren, wenn sich die Seestreitkräfte einer anderen Macht ohne Einladung in die Gewässer nahe des Küstenmeeres der USA begeben sollten, und das wiederholt trotz Washingtons Einwendungen täten?»

Als kleine iranische Patrouillenboote im August im Persischen Golf einen US-Zerstörer den Weg abgeschnitten haben, worauf der Letztere mit Warnschüssen geantwortet habe, habe das Weisse Haus den Vorfall als eine schreckliche Provokation bezeichnet.

«Niemand schien sich gefragt zu haben, warum es eigentlich seitens der USA nicht provokativ gewesen war, einen schwer bewaffneten Zerstörer in eine Entfernung von 10000 Kilometern von seinem Heimatland zu steuern, um nur wenige Kilometer vor der iranischen Küste zu operieren», schreibt Carpenter.

Auch werde die Teilnahme Irans am bewaffneten Konflikt im benachbarten Syrien verurteilt, wobei die US-amerikanische Intervention als selbstverständlich gelte.

Die US-amerikanischen Behörden und Medien müssten begreifen, dass andere Staaten eine solche Vorgehensweise nicht als freundlich wahrnehmen könnten. «Der selbstgefällige Gedanke «Wir sind ja die guten Kerle, so dass nichts von dem, was wir tun, falsch oder provokativ sein kann» ist kurzsichtig und gefährlich», schlussfolgert Carpenter.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26032-Pathologische-Projektion-USA-werfen-anderen-genau-das-vor-was-sie-selbst-tun>

### Nur «Zufall»:

## Neuer IS-Chef wurde bis 2014 vom US-Aussenministerium ausgebildet

RT Deutsch; Mo, 05 Sep 2016 12:10 UTC

Der «Islamische Staat» (IS; Anm. Islamistischer Staat) hat einen neuen Oberbefehlshaber. Für die USA ist **Gulmurat Chalimow ein alter Bekannter**: Der ehemalige Oberst einer Spezialeinheit aus Tadschikistan wurde von den US-Amerikanern ausgebildet. Diese setzten nun ein Kopfgeld von drei Millionen US-Dollar auf ihn aus.



© Youtube/CATV NEWS

Der aus Tadschikistan stammende neue IS-Oberbefehlshaber im Irak, Gulmurat Chalimow, ist ein ehemals von den USA ausgebildeter Oberst einer Spezialeinheit der Polizei.

«Es gibt Informationen aus dem ›Islamischen Staat‹ (Anm. Islamistischer Staat), wonach der Tadschike Gulmurat Chalimow zum neuen Oberbefehlshaber ernannt wurde, nachdem der frühere Kommandeur Abu Omar el-Schischani getötet worden war», so eine, wie es heisst, gut informierte Quelle aus der irakischen Provinz Ninewah gegenüber dem Nachrichtenportal Iraqi Al Sumaria.

Das selbsternannte ›Kalifat‹, das sich über mehrere Gebiete in Syrien und im Irak erstreckt, verlor kürzlich seinen Feldkommandeur für die Grossstadt Mosul im Nordirak. Seit dem Fall der zweitgrössten Stadt des Iraks an den IS im Juni 2014 versuchen die USA und irakische Regierung unbeirrbar, die Stadt wieder zurückzuerobern.

Als Teil des Kampfes gegen den IS nehmen die USA dabei regelmässig hochrangige IS-Führer mit Drohnenangriffen ins Visier. So verkündete Washington erst im März, dass es gelungen sei, den IS-Kommandeur Abu Omar el-Schischani, auch als ›der Tschetschene‹ bekannt, mittels einer Drohne zu töten. Diese Behauptungen wurden zunächst vom IS dementiert. Nach Tagen musste die Organisation jedoch einräumen, dass der tschetschenische Warlord in der irakischen Stadt Schirkat tatsächlich getötet worden war.

Im Gespräch mit Al Sumaria bestätigte die Quelle, die namentlich nicht genannt werden wollte, dass der IS den Tadschiken Chalimow zum neuen militärischen Anführer in Irak ernannt habe. Die Terrororganisation machte die Ernennung offenbar aus Angst vor erneuten Drohnenschlägen der USA im Irak bis dato nicht publik.

Der Grossteil der IS-Führung halte sich in Syrien auf, heisst es weiter. Nur ›wenige‹ Führer der Terrormiliz agieren im Irak, erklärte die Quelle aus Ninewah. «Diese zweit- und dritrangigen Kommandeure [abgesehen von el-Schischani], die ihre Kämpfer in der Provinz Ninewah anführen, führen aus Sorge vor Angriffen ein Leben im Verborgenen und treten nur selten in der Öffentlichkeit auf.»

Sollten sich die Berichte über die Ernennung Chalimows als wahr erweisen, werden die irakischen Streitkräfte und ihre Verbündeten in den USA künftig mit einem hochqualifizierten Kommandeur konfrontiert. **Niemand dürfte das besser wissen als die US-Streitkräfte selbst: Im vergangenen Jahr deckten Enthüllungsjournalisten auf, dass Chalimow seinerzeit eine spezielle militärische Ausbildung in den USA genossen hatte.**

Bevor sich der Tadschike im vergangenen Jahr dem IS anschloss, gehörte der Oberst einer tadschikischen OMON-Einheit (›Mobile Einheit besonderer Bestimmung‹) an, war Polizei-Kommandeur und Scharfschütze im Militär. Nach seinem Verschwinden im April 2015 tauchte er einen Monat später wieder auf: In einem zehnminütigen Video des IS. In diesem gelobte er, den Krieg nach Tadschikistan, Russland und die USA zu tragen.

Der 41-Jährige räumte ein, dass er von 2003 bis 2014 an fünf Anti-Terror-Ausbildungskursen der USA teilnahm. **Diese Kurse wurden vom US-Aussenministerium unter dem Namen ›Anti-Terror-Assistance-Programm‹ angeboten. Ein Teil der Ausbildung wurde von privaten US-amerikanischen Militärberatern durchgeführt.**

Zu den Auftragnehmern gehörte eine Firma, die früher unter dem Namen Blackwater bekannt war. Während seiner Zeit als Polizist in Tadschikistan nahm Chalimow auch an Trainingsreisen in die Russische Föderation teil.

Nachdem er sich vom Polizeidienst in Tadschikistan losgesagt hatte, stieg der Vater von acht Kindern in die Reihen der weltweit meistgesuchten Terroristen auf. Seine zweite Ehefrau, eine ehemalige Pressesprecherin des tadschikischen Zolldienstes, schloss sich dem Dschihad ihres Ehemannes an. Auch nach ihr wird gefahndet.

In der Heimat wird gegen Chalimow wegen Verrats ermittelt. Ausserdem ist Chalimow Teil einer bewaffneten Gruppe, für die er illegal in Kriegsgebieten anderer Staaten kämpft.

Nachdem sich Chalimow dem IS angeschlossen hatte, setzte Interpol ihn auf seine Top-Fahndungsliste. Die global operierende Behörde fordert seine Festnahme und Auslieferung nach Tadschikistan. Auch die Vereinten Nationen und die USA setzten den Dschihadisten auf die Fahndungsliste. Vergangene Woche setzte das US-Aussenministerium ein Kopfgeld in Höhe von drei Millionen US-Dollar auf Chalimow aus.

«Das Programm ›Belohnung für Gerechtigkeit‹ des US-Aussenministeriums bietet eine Belohnung von bis zu drei Millionen US-Dollar für Mitteilungen über den Aufenthaltsort und andere Informationen, die zur Verhaftung von Gulmurat Chalimow führen», geht aus der amtlichen Stellungnahme hervor.

Washington hält Chalimow wegen seiner umfassenden Anti-Terror-Ausbildung für eine besondere Bedrohung. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf einen Beamten des US-Aussenministeriums, dass der tadschikische Staatsbürger in ›Krisenreaktionen, Geiselerhandlungen und taktischer Führung‹ ausgebildet wurde.

Quelle: <https://de.sott.net/article/25967-Nur-Zufall-Neuer-IS-Chef-wurde-bis-2014-vom-US-Aussenministerium-ausgebildet>

## 5,3 Milliarden Euro Asylbewerberleistungen: Anstieg um 169 Prozent im Vergleich zu 2015

*Posted on September 5, 2016 7:48 pm by jolu; Epoch Times 5. September 2016 Aktualisiert: 5. September 2016 18:53*

Zum Jahresende 2015 bezogen etwa 975 000 Asylbewerber entsprechende Hilfe, wie das Statistische Bundesamt mitteilte, im Vorjahr waren es 363 000 Menschen. Das ist ein Anstieg um 169 Prozent. Mehr als 90 Prozent der Hilfsempfänger erhielten sogenannte Grundleistungen meist in Form von Sachleistungen.

Im Vergleich zum Vorjahr, als 363 000 Menschen unterstützt wurden, war dies ein Anstieg um 169 Prozent. Im bisherigen Spitzenjahr 1996 hatten fast 490 000 Menschen Geld- und Sachleistungen bekommen.

Die staatlichen Ausgaben für Hilfen für Asylbewerber stiegen im Vergleich zum Vorjahr um rund 120 Prozent auf fast 5,3 Milliarden Euro. Im Jahr 2010 hatten lediglich 130 000 Menschen Leistungen im Wert von 815 Millionen Euro bezogen. Seitdem ging die Zahl der Hilfsempfänger stetig nach oben.

Aus Asien stammten insgesamt 616 000 Empfänger. Sie stellten mit 63 Prozent den grössten Teil der Asylbewerber mit Anspruch auf Leistungen. Die Hälfte dieser Gruppe waren Syrer, etwa 115 000 kamen aus Afghanistan und rund 80 000 aus dem Irak. Die weiteren Asylbewerber, die Hilfe für Lebensunterhalt, Kleidung, Gesundheit oder Unterbringung erhielten, kamen aus Europa (22 Prozent) und Afrika (13 Prozent).

Mehr als 90 Prozent der Hilfsempfänger erhielten sogenannte Grundleistungen meist in Form von Sachleistungen. Hier gab es nach Angaben der Behörde im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 176 Prozent. (dpa)

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/53-milliarden-euro-asylbewerberleistungen-anstieg-um-169-prozent-im-vergleich-zu-2015/>

## Sind die Ungarn die nächsten? Erst Brexit – jetzt Huxit?

*Veröffentlicht von: Alpenschau am: 30. August 2016 in: Alpenschau aktuell, Flüchtlingskrise, Systemkrise, Weltgeschehen*

**In Ungarn wird am 2. Oktober über die EU-Flüchtlingspolitik per Volksentscheid abgestimmt.**

**Ignoriert die EU das Ergebnis des Referendums, könnte dies zu einem Austritt Ungarns aus der EU führen.**

**Wird Ungarn die nächste Nation sein, die sich aus der Europäischen Union verabschiedet? Erst Brexit – jetzt Huxit?** Die Frage ist gar nicht so weit hergeholt. Am 2. Oktober findet ein Referendum über die EU-Flüchtlingspolitik statt. Ein wichtiges Thema für Ungarn ist die nationale Eigenständigkeit, die man sich nach 150 Jahren osmanischer Herrschaft, Kriegen mit Habsburg-Österreich, der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und einer Unterwerfung durch die Sowjetunion ab 1945, die bis 1989 andauerte, hart erkämpft hat.

**Im Jahr 2015 kamen in Ungarn rund 400 000 Flüchtlinge vor einem vier Meter hohen Stacheldrahtzaun an der serbischen Grenze an.** Etwa die Hälfte davon stellte Asylanträge, nach staatlichen Verfahren wurde nur 264 von ihnen politisches Asyl gewährt. Laut Präsident Viktor Orban ist Migration unter diesen Voraussetzungen keine Lösung für ein Problem, sondern ein neues, eigenständiges Problem.

«Jeder einzelne Migrant stellt ein öffentliches Sicherheits- und Terrorrisiko dar. Aus diesem Grund gibt es keine Notwendigkeit für eine gemeinsame europäische Migrationspolitik», sagte er in einem Interview mit RT. «Wer Migranten braucht, kann sie aufnehmen. Aber man sollte sie uns nicht aufzwingen, denn wir brauchen keine.»

**In einer Stellungnahme sagte Orban:** «Es sind nicht die Migranten, auf die wir wütend sein sollten. Die meisten von ihnen sind ebenfalls Opfer, Opfer ihrer zusammenbrechenden Regierungen. Sie sind Opfer falscher internationaler Entscheidungen, Opfer von Menschenschmugglern. Sie tun, was in ihrem eigenen Interesse ist.

**Das Problem ist, dass wir Europäer nicht tun, was in unserem eigenen Interesse ist.** Für die Aktionen Brüssels gibt es kein besseres Wort, als «absurd». Es ist wie wenn ein Kapitän sein Schiff absichtlich kollidieren lässt, anstatt eine Kollision zu vermeiden ... Statt den undichten Rumpf zu reparieren, wird darüber diskutiert, mit wie viel Wasser jede Kabine überflutet werden soll.»

**Wird das ungarische Referendum am 2. Oktober wie gewohnt von Brüssel mit ohrenbetäubender Stille ignoriert, könnte dies zu einem weiteren Referendum ähnlich wie in Grossbritannien führen.** Budapest sträubt sich gegen die EU-Beschlüsse in Bezug auf die Flüchtlingspolitik. Bereits im Dezember reichte die ungarische Regierung eine Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein. Die Ungarn werden laut Orban im Oktober über die Frage abstimmen, ob «die Europäische Union ohne Zustimmung des ungarischen Parlaments verpflichtend anordnet, dass nicht-ungarische Bürger in Ungarn angesiedelt werden.»

**Es stellt sich immer mehr die Frage, ob diese EU das Jahr 2016 überlebt.**

Quelle: Der Wächter – Die Alpenschau bedankt sich!



## Einwanderungskritik Wir schaffen es, uns abzuschaffen

1. November 2015

Im März forderte die Bertelsmann-Stiftung, wir bräuchten bis 2050 jährlich bis zu 500 000 Einwanderer von ausserhalb Europas, damit wir unseren Wohlstand bewahren könnten. Nur weil die Bundesregierung ernsthaft von der Notwendigkeit dessen überzeugt ist, liess sie den Asylansturm zu und verlor letztendlich die Kontrolle darüber. Merkel wird nun bis zur Bundestagswahl 2017 dafür sorgen, dieses angeblich optimale Niveau der aussereuropäischen Zuwanderung zu erreichen und dann aufrechtzuerhalten.

Dahinter steckt eine technokratische Logik, die mit mathematischer Genauigkeit ein Optimum an Arbeitskräften und Konsumenten anstrebt. Anfängliche Investitionen für die Integration dieser Neuankömmlinge von 30, 50 oder am Ende vielleicht auch 80 Milliarden Euro pro Jahr erachtet die Regierung deshalb als sinnvoll, weil sie an die beliebige Formbarkeit dieser Menschen glaubt, obwohl die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass weder diese Einwanderer noch ihre Vorfahren in den letzten Jahrhunderten in der Lage waren, auch nur annähernd so produktiv zu arbeiten wie die Europäer.

### In zehn Jahren Minderheit im eigenen Land

Für die tagespolitische Auseinandersetzung reicht es aus, dies in aller Kürze mit der Ergänzung zu schildern, dass wir – wenn es so weitergehen sollte wie derzeit – in zehn Jahren zur Minderheit im eigenen Land werden. Wer dies nicht glaubt, sollte einfach mal seinen Taschenrechner zur Hand nehmen. Nun stellt sich aber darüber hinaus die Frage, welche Kraft unsere Regierung, Öffentlichkeit und – so traurig das ist – Mehrheit des Volkes antreibt, ein so absurdes Experiment wie die Masseneinwanderung zum Zweck der Wohlfahrtsförderung, die scheitern wird, durchzuführen. Ist es Selbsthass? Fremdsteuerung? Oder schlichtweg Inkompetenz, die ein Resultat der inhaltlichen Gleichgültigkeit unserer Politiker ist, die sich nur noch auf Machtkämpfe um Posten im System konzentrieren müssen?

Sicherlich spielen hier alle genannten Punkte eine Rolle, reichen aber nicht aus, um die Unbelehrbarkeit der Mehrheit der Deutschen in Bezug auf die Nachteile der Masseneinwanderung zu erklären. Ist es deshalb möglich, dass die Antriebskraft sehr viel tiefer in unserer europäischen Mentalität verankert ist, als wir dies selbst zugeben möchten? Europa gelangte zu seiner einzigartigen Stärke aufgrund eines kapitalistischen «Geistes», der eine asketische Ethik voraussetzte. Grob vereinfacht lautete das Motto: Wir verzichten heute auf Reichtum, um morgen etwas Grosses zu schaffen, und wenn wir dieses Grosse erschafft haben, verprassen wir das Geld nicht einfach, sondern investieren es in das nächste riskante Vorhaben, weil wir eine Berufung zu unserem Beruf fühlen.

### Migration mit und ohne Sozialstaat im Zielland

Wie der Wirtschaftshistoriker David Landes in seinem Buch «Wohlstand und Armut der Nationen» aufgezeigt hat, ist es bisher einzig und allein den Japanern gelungen, ein konkurrenzfähiges Äquivalent zu der von Max Weber so betonten protestantischen Arbeitsethik zu entwickeln. Für Migrationen ist ein solches Selbstverständnis nun von höchster Bedeutung, weil dann das Risiko des eigenen Wagnisses, in die weite Welt hinauszuziehen, selbst und nicht etwa von irgendeinem fremden Sozialstaat übernommen wird. Zum anderen haben die Migranten ein klares Ziel. Landes beschreibt dies so:

«Menschen ziehen hinaus, um ihre Situation zu verbessern, und indem sie das tun, vergrössern sie zugleich die Wirtschaftskraft der Daheimgebliebenen; in ihrer neuen Heimat schaffen oder erbeuten sie Güter (Lebensmittel, Holz, Mineralien oder handwerkliche Produkte), die sie dann in die alte Heimat verschiffen oder mit denen sie dorthin zurückkehren.»

Voll zum Tragen kamen diese Vorteile bei der Auswanderung unzähliger Europäer nach Nordamerika. Die Migranten waren bereit, sich den äusseren Bedingungen anzupassen, weil sie sonst untergegangen wären. Zugleich waren sie anspruchslos und ermöglichten so Massenproduktion und -konsum. Sichtbar geworden ist dies z.B. in der Architektur. Während sich die europäischen Auswanderer in den USA mit Häusern zufriedengaben, die alle gleich aussahen, gab es in Europa aufgrund architektonischer Traditionen viel größere Widerstände gegen diese Entwicklung.

Auch wenn es zu einem Kulturverfall kommt, können Massenmigrationen also zumindest funktionieren und zu einem enormen ökonomischen Fortschritt führen. Das wissen aufgrund ihrer Flexibilität gerade die Europäer, denen es lange Zeit gelang, ihre Fortschrittlichkeit auch tatsächlich in politische Macht umzuwandeln. Ihr effektives, eigennütziges Verhalten hat jedoch nicht – wie in der liberalen Theorie angenommen – zu gesellschaftlicher Harmonie geführt, sondern als Nebenprodukt der Geschichte immer Verdrängung und Unterdrückung mit sich

gebracht. Klar sollte dabei sein, dass Europa durch andere Mächte unterdrückt worden wäre, hätte es nicht selbst die Macht zum Unterdrücken gehabt.

### **Schuldkomplexe und Machbarkeitswahn**

Vielleicht lässt sich so erklären, warum die Europäer der Gegenwart und dabei insbesondere die Deutschen der Masseneinwanderung so positiv gegenüberstehen. Zum einen haben sie Schuldkomplexe aufgrund ihrer früheren Überlegenheit, zum anderen aber halten sie es prinzipiell für machbar, sich an einem fremden Ort der Welt eine eigene Zukunft aufzubauen, weil sie selbst ein solches Abenteuer mit grösstem Engagement und einer professionellen Einstellung angehen würden, die es als selbstverständlich erscheinen lässt, dass man die neue Sprache lernt, sich sofort in die neue Gesellschaft integriert, die erstbeste Arbeit annimmt und ansonsten bereit ist, auf den Luxus der eigenen Kultur und Traditionen zu verzichten.

Max Weber hat nun bereits vor 100 Jahren auf den letzten Seiten seines vielbeachteten Werkes «Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus» den Fortbestand des von ihm gesuchten religiösen Impulses bezweifelt, der die Europäer motivierte, aus einer traditionellen Bedarfsdeckungswirtschaft ein asketisches Fortschrittssystem zu entwickeln. Er befürchtete gerade mit Blick auf die Vereinigten Staaten ein «seines religiös-ethischen Sinnes entkleidete(s) Erwerbsstreben», das dem «Charakter des Sports» ähnlich sei.

### **Bereit zum Verzicht für Flüchtlinge**

Trotz aller Überlieferungs- und Herkunftsschwäche der «schrecklichen Kinder der Neuzeit» (Peter Sloterdijk) dürfte sich Weber jedoch geirrt haben, was den Verlauf der Deformation der asketischen Ethik betrifft. Auch heute noch ist die europäische Mentalität geprägt durch ein irrationales Moment, das zu risikoreichen und manchmal grössenwahnsinnigen Projekten und Gesellschaftsexperimenten verführt. Die positive Nachricht davon lautet: Die wirtschaftliche und technische Überlegenheit gerade des deutschen Volkes hat sich dadurch bis heute erhalten. Es dürfte deshalb, wie von Hans-Werner Sinn bereits vermutet, darauf hinauslaufen, dass nicht etwa die Flüchtlinge den Deutschen irgendwann die Rente bezahlen, sondern im Gegenteil die Deutschen länger arbeiten müssen, um die Flüchtlinge zu ernähren.

Zu diesem Verzicht sind wir durch unsere kulturell-religiöse Prägung selbstverständlich bereit. Auch in der Vergangenheit waren schliesslich die grössenwahnsinnigen Projekte der Europäer keineswegs durch die Bank rentabel. Gerade der Kolonialismus war für viele europäische Staaten unterm Strich ein Verlustgeschäft, weil am Ende die notwendigen Investitionen höher waren als die Einnahmen. Das, was hier fehlschlug, könnte nun mit der Masseneinwanderung eine weitere Eskalationsstufe erreichen. Ziel war die Anwerbung von Fachkräften. Resultat wird etwas völlig anderes sein.

Die europäische Mentalität bietet beste Voraussetzungen für Fortschritt. Diese pragmatische Veranlagung, bereit zu sein, hohe Risiken einzugehen, Probleme technisch lösen zu wollen und dabei kurzfristig grosse Entbehrungen in Kauf zu nehmen, kann allerdings auch sehr schnell zu Machbarkeitsfantasien führen, die – im günstigsten Fall – zulasten der eigenen Kultur gehen, im schlimmsten Fall jedoch zur eigenen Vernichtung führen könnten.

Quelle: <http://einwanderungskritik.de/wir-schaffen-es-uns-abzuschaffen/>

**IMPRESSUM****FIGU-ZEITZEICHEN**

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

**Abonnemente:**

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)

**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter  
[www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz